



MINSK 2.0 DAS VERFAHREN GEGEN NADIJA SAWTSCHENKO DIE LAGE DER MENSCHENRECHTE IN DER UKRAINE

■ KOMMENTAR		■ ANALYSE	
Minsk II: neues Spiel, neues Glück?	2	In Feindes Hand. Das Verfahren gegen Nadija Sawtschenko	19
Von Regina Heller, Hamburg		Von Caroline von Gall, Köln	
Warum sind die Vereinbarungen von Minsk so fragil?	3	■ DOKUMENTATION	
Von Iryna Ivashko und Anton Krut, Kiew		Internationale Positionen zum Fall Sawtschenko	23
Das Minsk-2-Abkommen – fragiler Waffenstillstand	4		
Von Wojciech Konończuk, Warschau		■ ANALYSE	
Warum Minsk II nicht funktionieren wird	5	Der Jahresbericht von Amnesty International 2014/15. Länderbericht Ukraine	27
Von Stefan Meister, Berlin		■ DOKUMENTATION	
Trennlinien in der Ostukraine	7	Festnahmen von Journalisten in der Ukraine wegen Hochverrats	31
Von Heiko Pleines, Bremen			
■ DOKUMENTATION		■ CHRONIK	
Das Minsker Abkommen vom 12. Februar 2015	9	9. – 22. Februar 2015	33
Die OSZE zur Einhaltung der Waffenruhe	12		
Internationale Positionen zur Situation in Debaltsewe	14	■ VERANSTALTUNGSTIPP	
Die OSZE und Russland über den Rückzug schwerer Waffen	18	Podiumsgespräch »Die Zukunft Europas in der Ukraine«	38



Minsk II: neues Spiel, neues Glück?

Von Regina Heller, Hamburg

Am 12. Februar 2015 wurde auf die Initiative der AEU-Mitglieder Deutschland und Frankreich hin gemeinsam mit der Ukraine und Russland ein neuer Vorstoß unternommen, das Minsker Abkommen vom September 2014 wiederzubeleben. Auf diese Weise sollte ein Weg für eine friedliche Beilegung des Konflikts in der Ostukraine gebahnt werden. Die wesentlichen Punkte von Minsk II beinhalten: 1. eine sofortige Waffenruhe und – von der OSZE kontrolliert – den Abzug schwerer Waffen auf beiden Seiten; 2. die Inangsetzung eines politischen Prozesses, der insbesondere eine neue ukrainische Verfassung einschließlich der Dezentralisierung der Ukraine sowie Regionalwahlen vorsieht.

Schon in den ersten Tagen gab es bei der Umsetzung des Abkommens erhebliche Schwierigkeiten: Unter Missachtung der Waffenruhe haben ostukrainische Separatisten noch in der Nacht des Inkrafttretens die Stadt Debalzewe beschossen, einen strategisch wichtigen Verkehrsknotenpunkt, der die Städte Donezk und Luhansk miteinander verbindet. Auch der Abzug schwerer Waffen kommt nur mühsam in Gang, vor allem weil von beiden Konfliktparteien wiederholt lokal begrenzte bewaffnete Auseinandersetzungen gemeldet werden. Welche Erfolgsaussichten hat das Abkommen von Minsk?

Interessen der Konfliktparteien

Die Eroberung von Debalzewe zeigt, dass die Separatisten in der Ostukraine nur bedingt bereit sind, das Minsker Abkommen einzuhalten. Zudem haben sie den Vereinbarungen nur auf massiven Druck Russlands zugestimmt. All dies erweckt den Anschein, dass kein wirkliches Interesse an der vollständigen Einhaltung der Waffenruhe, geschweige denn an der im Abkommen vorgesehenen weiterführenden politischen Regulierung des Konflikts besteht. Vielmehr suggeriert die anhaltende aggressive Rhetorik der Separatistenführer, dass diese auch weiterhin – und ungeachtet der Vereinbarungen von Minsk – Fakten schaffen, d. h. auf militärischem Wege die Kontrolle über den gesamten Donbass herstellen wollen.

Die Regierung in Kiew weiß, dass eine nachhaltige Stabilisierung der Ukraine nur über die Beilegung des Konflikts gelingen kann. Sie hat daher ein sehr großes Interesse, die Gewalt im Osten des Landes zu beenden – auch unter Inkaufnahme hoher Kosten. So hat Kiew die Eroberung Debalzewes nicht zum Anlass genommen, das Minsker Abkommen aufzukündigen. Auch wäre Kiew im weiteren politischen Prozess bereit, den

Gebieten Donezk und Luhansk weitreichende Autonomie-rechte im ukrainischen Staatsverbund zu gewähren. Scheitert Minsk II, würde dies Präsident Poroschenko innenpolitisch in starke Bedrängnis bringen und radikalen Kräften Auftrieb geben. Vor diesem Hintergrund sind Poroschenkos taktische Manöver einzuordnen, Russland auch weiterhin als Kriegstreiber in der Ostukraine zu bezeichnen und sich so der diplomatischen, wirtschaftlichen und gegebenenfalls auch militärischen Unterstützung des Westens zu versichern.

Russlands Interessen

Für den Erfolg des Minsker Abkommens wird es von großer Bedeutung sein, wie sehr Moskau tatsächlich an dessen Umsetzung interessiert ist. Grundsätzlich kommen Russland die Waffenruhe und die Aufnahme eines politischen Prozesses zupass, und dies in mehrfacher Hinsicht: Erstens kann sich Putin nach innen wie nach außen als verhandlungsbereiter Partner präsentieren, der eine gemeinsame Lösung des Konflikts anstrebt. So war es die russische Regierung, die auf der Sondersitzung des UN-Sicherheitsrats eine Resolution einbrachte, in der alle Beteiligten in der Ostukraine zur sofortigen Waffenruhe aufgefordert wurden. Gleichwohl hat Moskau die Separatisten nicht von ihrem Vorstoß in Debalzewe abgehalten – oder abhalten können. Zweitens geht die »Verantwortung« für das Wohlergehen der Bevölkerung in der Ostukraine wieder auf die Regierung in Kiew über, die sich im Minsker Abkommen dazu verpflichtet, Renten und Sozialleistungen im Separatisten-gebiet wieder auszuzahlen.

Sollte die Waffenruhe Bestand haben, die schweren Waffen aus dem Donezbecken abgezogen werden und in einem weiteren Schritt der politische Prozess tatsächlich in Gang kommen, würde Moskau auch in einer weiteren Hinsicht profitieren: Die territoriale Integrität der Ukraine bei weitreichender Autonomie des Separatistengebiets sichert Russland auch in Zukunft die Möglichkeit, Einfluss auf die inneren Entwicklungen in der Ukraine zu nehmen und die Zukunft des Landes maßgeblich mitzubestimmen.

Was ist zu tun?

Die Umsetzung von Minsk II findet unter schwierigsten Bedingungen statt. Ein schneller Erfolg ist unwahrscheinlich. Die aufgezeigten Interessensstrukturen schließen auch ein Scheitern des Abkommens nicht aus. Dies sollte aber angesichts der schwierigen Bedingungen nicht herbeigeredet werden. Der Westen sollte

sich von keiner Seite unter Druck setzen lassen und sich der äußerst diversen und mitunter ambivalenten Interessenlagen der beteiligten Akteure bewusst sein. Er sollte diese, wo möglich, friedensfördernd nutzen bzw. ihnen dort, wo sie offensichtlich eine Friedensperspektive zu verhindern drohen, entgegenwirken.

Vor allem erscheint es wichtig, Russlands momentanes Interesse zu nutzen, die Gewalt in der Ostukraine zu beenden oder mindestens nicht weiter eskalieren zu lassen. Damit hängt auch Russlands Bereitschaft zusammen, in diesem Sinne auf die Separatisten einzuwirken. Solange erkennbar bleibt, dass Moskau die unkonventionelle Kriegführung in der Ostukraine beenden bzw.

begrenzen will, wird auch Kiew sich weiter an den Vereinbarungen orientieren.

Der Westen sollte vor allem die Selbstverpflichtung der Parteien, die sich aus dem Minsk-II-Abkommen ergeben, als Ausgangspunkt nehmen, um nachdrücklich auf die Einrichtung effektiver Mechanismen zu bestehen, mit denen die Umsetzung des Abkommens überwacht werden kann. Hierzu müsste jedoch entweder die OSZE-Mission vor Ort personell deutlich vergrößert und technisch besser ausgestattet oder – Russlands Zustimmung vorausgesetzt – eine international mandatierte VN-Friedensmission eingerichtet werden.

Über die Autorin:

Dr. phil. Regina Heller ist Wissenschaftliche Referentin am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH). Derzeit vertritt sie die Professur für Politikwissenschaft, insbesondere internationale Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Warum sind die Vereinbarungen von Minsk so fragil?

Von Iryna Ivashko und Anton Krut, Kiew

Das Minsker Abkommen, das die Staatsoberhäupter der vier Normandie-Staaten am 13. Februar 2015 ausgehandelt haben, hat sich wegen seiner vage gehaltenen Inhalte als nicht umsetzbar erwiesen. Es erlaubt beiden Konfliktparteien einen großen Interpretationsspielraum in Bezug auf seine Inhalte. Zudem enthält das Dokument keine klaren Verpflichtungen für die Russische Föderation, was deren Rolle als Garant der Konfliktbeilegung betont, nicht jedoch deren Rolle als Partei im gegenwärtigen Konflikt in der Ostukraine. Außerdem stellt das sogenannte Minsk-2-Abkommen keine wirkliche Lösung des Problems dar, weil es das Thema Krim nicht einmal erwähnt. Es ist extrem wichtig für die Ukraine, dass dieses Thema nicht aus der Tagesordnung der Verhandlungen herausgehalten wird. All dies zeigt deutlich, dass bei der Erarbeitung des Minsker Abkommens über eine friedliche Beilegung des Konflikts im Donbass die notwendigen diplomatischen Techniken nicht zur Anwendung gekommen sind.

Die in Minsk unterzeichneten Dokumente sehen vor, dass für die Überwachung der Einhaltung des Waffenstillstands erneut die OSZE zuständig sein wird. Diese Organisation hat es aber schon im letzten Herbst nicht geschafft, diese Funktion zu erfüllen. Außerdem ist in der ukrainischen Gesellschaft zunehmend vom russischen Einfluss auf sie die Rede. Es kann gut sein, dass sich die von Russland unterstützten Separatisten wei-

gern, ihre schweren Waffen als erste von der Frontlinie abzuziehen. Entsprechende einseitige Aktionen der Ukraine würden jedoch erneut zu einer Ausweitung des von den militanten Aufständischen kontrollierten Territoriums führen.

Besondere Aufmerksamkeit sollte folgenden Risiken gelten, die das Maßnahmenpaket für die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen birgt:

- *Gewährung einer Amnestie für an den Vorkommnissen in bestimmten Bezirken der Regionen Luhansk und Donezk Beteiligte*

Das sieht das Minsker Abkommen vom September 2014 vor; die Nichtbestrafung von Personen, die sich eines Verbrechens schuldig gemacht haben, kann jedoch zum Präzedenzfall werden und hat das Potential, eine Explosion der Unzufriedenheit in der ukrainischen Gesellschaft hervorzurufen.

- *Die Macht von Mitgliedern lokaler Räte und die Macht von Offiziellen, die in (von der Werchowna Rada ange-setzten) vorgezogenen Neuwahlen gewählt wurden, kann nicht vorzeitig aberkannt werden.*

Dieser Punkt der Minsker Vereinbarungen ermöglicht, dass lokale Behörden nicht durch das offizielle Kiew kontrolliert werden.

- *Die ukrainische Zentralregierung erleichtert die grenzüberschreitende Kooperation zwischen bestimmten Bezirken der Regionen Luhansk und Donezk und den Regionen der Russischen Föderation.*

Die Regionen Donezk und Luhansk sind seit 2010 Teil der Euroregion »Donbass«. Auf russischer Seite umfasst diese Euroregion die Regionen Rostow und Woronesch. Darüber versucht Russland ein Schlupfloch zu finden, um sich die Möglichkeit zu erhalten, die ukrainisch-russische Grenze problemlos zu überqueren. Zudem kann die Grenze durch die Präsenz lokaler Polizeieinheiten (die das Maßnahmenpaket auch vorsieht) völlig unkontrolliert bleiben.

Die Ukraine ist unzufrieden, dass sie es nicht geschafft hat, die Kontrolle über die ukrainisch-rus-

sische Grenze zurückzuerlangen. Der Punkt der Wiedererlangung dieser Grenzkontrolle ist auf Ende 2015 vertagt worden. Russland hat keine starken Garantien für den blockfreien Status der Ukraine bekommen und wird das Thema Föderalisierung durch weitere militärische Eskalation und eine Besetzung der Grenze vorantreiben. Diese werden Waffen und Aufständische dann problemlos überqueren können. Das Kernproblem der Grenze haben die Minsker Verhandlungen überhaupt noch nicht gelöst.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über die Autoren:

Iryna Ivashko ist seit 2014 Expertin für internationale Beziehungen beim International Center for Policy Studies (ICPS). Sie hat an der Academy of Advocacy of Ukraine ein Master-Studium als Übersetzerin und Dolmetscherin abgeschlossen. 2013 war sie internationale Kommunikationsmanagerin beim International Apimondia Congress.

Anton Krut ist seit Januar 2015 beim ICPS tätig. Er hat einen Master in Politikwissenschaft von der Donezker Nationaluniversität. Von 2003 bis 2005 war Krut als Analyst im Beratungsbüro des ukrainischen Premierministers tätig. Er leitete die Analyseabteilungen mehrerer politischer Institutionen und landesweiter Industriebetriebe.

Das Minsk-2-Abkommen – fragiler Waffenstillstand¹

Von Wojciech Konończuk, Warschau

Auf der einen Seite kann das in Minsk unterzeichnete Abkommen als Erfolg für Präsident Petro Poroschenko gewertet werden, dem es gelungen ist, deutliche ungünstige geopolitische Zugeständnisse in Punkten zu vermeiden, die Russland zu erzwingen versucht hat und die in Kiew zu ernsthaften internen politischen Konflikten hätten führen können. Auf der anderen Seite lässt das Dokument an vielen Stellen reichlich Raum für unterschiedliche Interpretationen, was zu Auseinandersetzungen zwischen Kiew einerseits und Russland und den Separatisten andererseits führen wird. Die wichtigsten Punkte sind dabei: die Frage, ob Kiew die Grenze zu Russland wieder unter seine Kontrolle bekommt; ein »spezieller Status« für einige Regionen in den Oblasten Donezk und Luhansk; der Wiederaufbau sozioökonomischer Beziehungen zwischen dem Donbass und dem Rest der Ukraine, einschließlich einer Wiederaufnahme der Finanztransfers; Amnestien für die an den Militäraktionen im Donbass Beteiligten; der Rückzug schwerer Waffen aus der Kampfzone.

Das Abkommen sieht mehr Verpflichtungen für die Ukraine vor, wobei die Wirksamkeit vieler Punkte

von der Zustimmung der Separatisten abhängt. Das in Minsk verabschiedete Dokument ermöglicht es Russland, Kiew im nicht unwahrscheinlichen Fall des Scheiterns des Abkommens für dieses Scheitern verantwortlich zu machen, während die Separatisten im Fall der Umsetzung des Abkommens mit einer vollen Verhandlungsmacht ausgestattet wären. Weil das Abkommen keine Realisierung der strategischen Ziele Russlands in Bezug auf die Ukraine vorsieht, wird sich seine vollständige Umsetzung als unmöglich erweisen, und es wird nur einen vorübergehenden Stopp des andauernden Konflikts im Osten der Ukraine bewirken.

Die Ukraine sieht das neue Dokument als Bekräftigung der im letzten September im Minsker Abkommen festgelegten Regelungen an, wobei einige Punkte spezifiziert wurden. Außerdem war seine Verabschiedung ohne signifikante strategische Zugeständnisse an Russland möglich (etwa ein neutraler Status oder die Absage an die europäische Integration). Die Ukraine konnte es vermeiden, die Einführung des Föderalismus und eine weitgehende Autonomie für den Donbass zu akzeptieren, was Russland Gelegenheit gegeben hätte, die ukrainische Politik über den Donbass zu beeinflussen.

Russland und den Separatisten ist es nicht gelungen, Kiew die Zustimmung zu einem Autonomiestatus (und einer eigenen Verfassung) für die gesamten

¹ Der vorliegende Text ist eine gekürzte Version der OSW-Analyse »Minsk 2 – a fragile truce« vom 12.02.2015, <<http://www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2015-02-12/minsk-2-a-fragile-truce>>

Oblaste Donezk und Luhansk abzurufen, einschließlich der momentan von Kiew kontrollierten Regionen. Die Aussichten der Ukraine, die 400-Kilometer-Strecke seiner Grenze mit Russland wieder unter ihre Kontrolle zu bekommen, bleiben fern und ungewiss. Das Bekenntnis zu einem Waffenstillstand und die Schaffung einer Pufferzone sind von großer Bedeutung. Die Kampfhandlungen aufrechtzuerhalten, ist für Kiew in den letzten Wochen immer schwieriger geworden und mit großen finanziellen Kosten und der Schaffung einer Situation einhergegangen, die für die Reform des Staates ungünstig ist. Trotz des für die Ukraine allgemein vorteilhaften Tons des Abkommens werden etliche seiner Punkte wohl von einigen parlamentarischen Parteien in Frage gestellt werden.

Das neue Abkommen ist keine umfassende Lösung für das Problem des Separatismus im Donbass, das von Russland losgetreten und ausgenutzt wurde. Auch wenn Russland keine eindeutigen geopolitischen Zugeständnisse gemacht wurden, wird es aus den Vereinbarungen des Abkommens und seiner Mehrdeutigkeit sicherlich Vorteile ziehen. So können die Russland-Ukraine-EU-Konsultationen, die auf Russlands Besorgnis über das Assoziierungsabkommen zwischen Kiew und Brüssel zurückgehen, Russland als Vorwand dienen, um ein politisches De-facto-Vetorecht bei Fragen internationa-

ler Abkommen zu etablieren, die unter die Souveränität der ukrainischen Regierung fallen. Der allgemeine oder vage Charakter vieler Punkte des Abkommens wird zu Auseinandersetzungen führen – einige davon in Kiew –, und ihre Umsetzung erschweren sowie in bestimmten Fällen auch unmöglich machen. Dass es in den kommenden Monaten keine Kontrolle über die Grenze geben wird, ermöglicht es Russland, seine bereits vorhandenen Optionen zur Einflussnahme auf die Region aufrechtzuerhalten. Dass die Wirksamkeit vieler Punkte von der Zustimmung der Separatisten abhängt, ist ein Anzeichen dafür, dass Russland die Donezker und Luhansker Behörden nutzen wird, um den »innerukrainischen« politischen Dialog zu torpedieren und so die auf der ukrainischen Regierung lastende Verantwortung zu erhöhen. Im Resultat ist schwerlich zu erwarten, dass dieses neue Dokument zu einer dauernden Stabilisierung der Situation in der Ostukraine führen wird, und das Risiko einer plötzlichen Eskalation der Spannung ist eigentlich überhaupt nicht gesunken. In den kommenden Monaten wird die ukrainische Regierung unter dem konstanten Druck der Separatisten und Russlands stehen, die versuchen werden, weitere Zugeständnisse von Kiew zu erzwingen – mit der Drohung, die bewaffneten Auseinandersetzungen wieder aufzunehmen.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über den Autor:

Wojciech Konończuk ist Leiter der Abteilung für die Ukraine, Belarus und Moldawien am Zentrum für Osteuropastudien (OSW) in Warschau.

Warum Minsk II nicht funktionieren wird¹

Von Stefan Meister, Berlin

Der Triumph von Minsk

Das zweite Minsker Abkommen markiert eine neue Stufe in den diplomatischen Bemühungen Deutschlands, Frankreichs und der EU zu einem Waffenstillstand in der Ostukraine. Die deutsche Bundeskanzlerin und der französische Präsident haben ihr ganzes politisches Gewicht in die Waagschale gelegt, um die russische Führung und die Separatisten im Osten der Ukraine zu einem Waffenstillstand zu bewegen und eine weitere Eskalation des Konfliktes zu verhindern. Dabei wird deutlich, wie wenig Einflussmöglichkeiten die EU auf Russland und die Situation in der Ostukraine hat

und wie stark sie bei der Stabilisierung der Region vom guten Willen Moskaus abhängt. Russland hat viel mehr Instrumente, um die Ukraine zu destabilisieren und ihre Entwicklung zu beeinflussen, und es nutzt diese Instrumente auch. Die EU-Mitgliedsstaaten haben sich noch immer nicht entschieden, ob sie eine Integration und eine ernsthafte Stabilisierung der Ukraine wirklich wollen.

Für den russischen Präsidenten Putin war es ein Triumph, dass die derzeit mächtigste europäische Politikerin nach Moskau gereist ist, um mit ihm einen Waffenstillstand auszuhandeln. Dabei konnte sich der russische Präsident in einer Reihe von zentralen Punkten durchsetzen, ohne selbst echte Kompromisse machen zu müssen. Bei offenen Fragen konnte Putin jedoch nur verhindern, dass es zu klaren Vereinbarungen gekommen

¹ Der vorliegende Text ist eine gekürzte Version des DGAP Standpunkts, »Eskalation erwünscht. Warum Minsk II nicht funktionieren wird«.

ist. So wurden die Separatistenführer durch ihre Anwesenheit in Minsk de facto Teil des Verhandlungsprozesses und damit indirekt anerkannt, es soll Wahlen zur Legitimierung der Führungen in den separatistischen Gebieten geben, Kiew soll für Sozialleistungen und den Zahlungsverkehr in den beiden separatistischen Regionen verantwortlich sein und diese sollen umfassende Rechte im Rahmen einer Dezentralisierung des ukrainischen Staates erhalten. Umgekehrt bleibt unklar, wo genau die zukünftige Grenze markiert werden wird, wie die Sicherung der ukrainisch-russischen Grenze aussehen wird, es ist offen, wie und mit welcher Besetzung die OSZE das Waffenstillstandsabkommen überwachen wird, und unter welchen Bedingungen die Wahlen in der Ostukraine durchgeführt werden.

Auf dem Weg zu Minsk 3?

Damit ist die russische Regierung ihrem Ziel in Bezug auf die Zukunft der Ukraine ein ganzes Stück näher gekommen, sie ist jedoch noch nicht da, wo sie hinwill. Minsk II ist aus russischer Sicht nur eine Interimslösung auf dem Weg zu einer umfassenden Regulierung im Sinne Russlands. Der Krieg in der Ostukraine schwächt das Reformpotential der ukrainischen Führung und verschärft die wirtschaftliche und soziale Situation des Landes. Damit wird die Integration in die EU und eine Angleichung an deren Standards vorerst verschoben und das Frustrationspotential in der ukrainischen Bevölkerung wächst. Jedoch fehlt bisher eine klare Absage an eine EU- oder NATO-Integration der Ukraine. In Putins Brief an den ukrainischen Präsidenten Poroschenko von Mitte Januar 2015 sind die Bedingungen für eine Befriedung der Ostukraine klar ausgeführt: vollständige Anerkennung der neuen Demarkationslinie, einseitiger Waffenstillstand und Abzug schwerer Waffen von ukrainischer Seite sowie eine Dezentralisierung des ukrainischen Staates mit einer weitgehenden Autonomie der Separatistengebiete und über diese Einflussmöglichkeiten Russlands auf die zukünftige Kiewer Politik. Ohne eine vollständige Einigung in diesen Punkten wird es keinen Waffenstillstand geben.

Der russische Präsident wird bereit sein, in weiteren Verhandlungen in Minsk 3 oder 4 am Ende das zu bekommen, was er sich vorstellt. Die EU hat wenig Möglichkeiten, ihm etwas entgegenzusetzen, da sie weder den ökonomischen noch den militärischen Druck auf Russland erhöhen möchte und bisher auch nicht dazu bereit

ist, eine klare Entscheidung für eine umfassende Stabilisierung der Ukraine zu treffen. Gleichzeitig hat Moskau erkannt, dass das Thema Waffenlieferungen an die Ukraine ein enormes Spaltungspotential für die transatlantischen Beziehungen birgt, das weiter zu befördern sich aus russischer Sicht lohnen könnte. Darauf könnte auch einer der nächsten russischen Schachzüge abzielen: neben der weiteren Spaltung der EU über Kreditangebote an die griechische Regierung und günstige Gaslieferungen an Ungarn über einen schwelenden Konflikt unterhalb der offenen Auseinandersetzung auch die Entfremdung zwischen Washington und Berlin weiter zu befördern. Putin hätte mit US-amerikanischen Waffenlieferungen das erreicht, was er die ganze Zeit propagiert: eine offizielle Einmischung der USA und die Möglichkeit, bei einer weiteren Eskalation mit Obama auf Augenhöhe über die Zukunft der Ukraine zu verhandeln.

Was tun?

Die Ukraine und die EU werden den Verlust der beiden separatistischen Regionen ebenso akzeptieren müssen wie den der Krim. Dies wird nötig sein, um den Rest der Ukraine zu retten und eine weitere Destabilisierung des Staates zu verhindern. Kiew ist vollständig abhängig vom Verhandlungsgeschick und Druck der EU auf Russland sowie der Zahlungsbereitschaft des Westens. Weder härtere Sanktionen werden die russische Führung aufhalten noch US-amerikanische Waffenlieferungen. Putin wird immer dafür sorgen, dass ein militärisches Gleichgewicht oder eine Überlegenheit der Separatisten herrscht und die Kosten von Wirtschaftssanktionen tragen. Die fehlende Entscheidung der EU für eine Integration der Ukraine und einen Marshall-Plan zu deren Wiederaufbau gibt Moskau die Möglichkeit, die Kiewer Regierung weiter zu schwächen und vielleicht doch noch in den eigenen Einflussbereich zurückzuholen. Europäische Politiker scheuen die Konsequenzen dieser Realitäten, was die russische Verhandlungsposition weiter stärkt. Nur eine klare Entscheidung für eine Integration der Ukraine mit allen finanziellen und politischen Konsequenzen könnte die Verhandlungsposition der EU verbessern. Wird diese Entscheidung nicht getroffen, wird Moskau die nächsten Schritte und Kompromisse weitgehend diktieren. Damit entsteht in der Nachbarschaft der EU auf Dauer ein schwacher oder zerfallender Staat mit allen sozialen, ökonomischen und sicherheitspolitischen Konsequenzen.

Über den Autor:

Dr. Stefan Meister (DGAP) ist seit August 2014 Programmleiter für Osteuropa, Russland und Zentralasien am Robert Bosch-Zentrum für Mittel- und Osteuropa der DGAP. Von August 2013 bis Juli 2014 war er Senior Policy Fellow im Wider Europe Team des European Council on Foreign Relations sowie von Januar 2008 bis Juli 2013 wissenschaftlicher Mitarbeiter der DGAP im Bereich Russland und Östliche Partnerschaft.

Trennlinien in der Ostukraine

Von Heiko Pleines, Bremen

Einleitung

Zur Beilegung eines gewaltsamen Konfliktes müssen zuerst die Konfliktparteien getrennt und durch eine neutrale Instanz an der Wiederaufnahme von Gewalt gehindert werden. Dieser Logik folgen auch die in Minsk von der Ukraine, Russland und den Separatisten unter Vermittlung der OSZE geschlossenen Vereinbarungen vom September 2014 (Minsk 1) und Februar 2015 (Minsk 2).

Waffenstillstandslinien: Minsk 1

Minsk 1 legte im ergänzenden Memorandum die aktuelle Frontlinie vom 19. September 2014 (in der Vereinbarung euphemistisch Kontaktlinie genannt) als Waffenstillstandslinie und damit als Trennlinie zwischen den Konfliktparteien fest. Innerhalb von 24 Stunden sollten alle schweren Waffen mindestens 15 km bzw. entsprechend ihrer maximalen Reichweite von der Frontlinie abgezogen werden. Die durch den Rückzug entstehende Pufferzone von 30 km Breite sollte durch die OSZE-Beobachtermission überwacht werden.

Einziges Erfolg von Minsk 1 war neben einem Gefangenen austausch ein Rückgang der Kampfhandlungen für etwa drei Monate. Der Abzug der schweren Waffen fand nicht statt. Ende Dezember 2014 eskalierte der Konflikt erneut. Im Januar 2015 erklärte der Präsident der Donezker Volksrepublik, dass über einen Waffenstillstand nicht mehr verhandelt werde, und kündigte an, gemeinsamer mit der Luhansker Volksrepublik auf ganzer Linie anzugreifen – bis zu den Grenzen der Region und im Falle einer Bedrohung auch darüber hinaus.

Der Geländegewinn der Separatisten von September 2014 bis Februar 2015 ist auf etwa 500 km² geschätzt worden (siehe <<http://graphics.wsj.com/ukraine-rebel-maps/>>). Bei einer Länge der Frontlinie von etwa 400 km bedeutet dies im Durchschnitt eine Verschiebung der Frontlinie um gut einen Kilometer. De facto rückten die Separatisten jedoch vor allem im Westen an einigen strategisch wichtigen Punkten um Dutzende Kilometer vor, während die Frontlinie an vielen Stellen weitgehend unverändert blieb.

Waffenstillstandslinien: Minsk 2

Minsk 2 sah dann erneut einen Waffenstillstand vor. Definiert wurden jetzt insgesamt drei Trennlinien. Der Abzug der schweren Waffen sollte auf der ukrainischen Seite ausgehend von der aktuellen Frontlinie des 15. Februar 2015 erfolgen und auf der Seite der Separatisten bezogen auf die Waffenstillstandslinie des 19. Septem-

ber 2014 (d. h. von Minsk 1). Im Ergebnis sollte spätestens innerhalb von 14 Tagen (also bis zum 3. März) eine mindestens 50 km breite Pufferzone unter Kontrolle der OSZE entstehen.

Weiter sieht die neue Minsker Vereinbarung vor, dass das ukrainische Parlament innerhalb von 30 Tagen »auf Grundlage der Linie, die im Minsker Memorandum vom 19. September 2014 festgelegt wurde«, den Umfang des Separatistengebietes definieren soll, für das eine politische Lösung entwickelt wird. Im Ergebnis sehen damit beide Minsker Vereinbarungen die Waffenstillstandslinie vom September 2014 als zentrale Trennlinie, die das von den Separatisten kontrollierte Gebiet festlegt.

Wenn die neue Vereinbarung von Minsk ernst genommen würde, würden weitere Kämpfe damit keinen Sinn machen, da spätestens ab dem 15. März sowieso die alte Trennlinie vom September 2014 zur neuen Grenze werden würde. Tatsächlich aber haben die Separatisten der Donezker Volksrepublik den Ort Debalzewe nach Beginn des Waffenstillstands mit heftigen Kämpfen erobert und dies damit begründet, dass Debalzewe zu ihrem Gebiet gehöre.

Ein Problem beider Minsker Vereinbarungen ist, dass der Verlauf der Trennlinie nicht fixiert, sondern als bekannt vorausgesetzt wurde, da keine Karten beigelegt wurden. Dementsprechend kann über die Zuordnung umkämpfter Orte gestritten werden und es gibt z. B. eine Reihe von Karten im Internet, die für den Stichtag 19. September 2014 Debalzewe dem Separatistengebiet zuordnen. Die Berichte der OSZE-Beobachtermission vom September 2014, die regelmäßig in Debalzewe vor Ort war, belegen jedoch, dass sich Debalzewe zum Zeitpunkt des damaligen Waffenstillstands nicht unter der Kontrolle der Separatisten befand. Mit seiner Eroberung wollten die Separatisten also wohl, wie die OSZE es formulierte, »neue Fakten« schaffen.

Die Separatisten haben also mit der Eroberung von Debalzewe nicht nur den Waffenstillstand massiv verletzt, sondern demonstriert, dass sie nicht bereit sind, die anstehende Festlegung ihres Einflussgebietes gemäß der Waffenstillstandslinie vom September 2014 zu akzeptieren. In diesem Zusammenhang ist auch eine weitere Trennlinie in der Ostukraine von Bedeutung.

Russische Grenze zum Separatistengebiet

Die offene Grenze zwischen Russland und dem Separatistengebiet ist der einzige Nachschubweg für die Separatisten. Sie erhalten über die Grenze regelmäßig mit von der russischen Regierung organisierten Hilfskonvois

Nahrungsmittel und Treibstoff. Bisher haben 15 Konvois nach russischen Angaben insgesamt etwa 20.000 Tonnen Hilfsgüter geliefert. Auch aus anderen Ländern und aus der Ukraine selbst erfolgen Hilfslieferungen in das Separatistengebiet. Die russischen Konvois lassen jedoch weder eine Kontrolle durch die Ukraine oder die OSZE-Beobachtermission zu noch halten sie sich an die Richtlinien für internationale Hilfslieferungen. Zusätzlich überqueren in großer Zahl russische Staatsbürger die Grenze, um auf Seiten der Separatisten zu kämpfen. Die Ukraine und die NATO werfen Russland auch vor, die Separatisten über die Grenze mit Waffen zu versorgen.

Bereits Punkt 4 des Minsker Protokolls vom September 2014 sah vor: »Gewährleistung einer permanent aktiven Überwachung der ukrainisch-russischen Staatsgrenze und ihre Überprüfung von Seiten der OSZE durch die Schaffung einer Sicherheitszone in den grenznahen Gebieten der Ukraine und der RF [Russischen Föderation].«

Wenn die Vorwürfe gegen Russland berechtigt sind, dann würde eine Umsetzung dieses Punktes die Separatisten militärisch schwächen und ihre Bereitschaft zu einem Waffenstillstand erhöhen. Wenn die Vorwürfe gegen Russland unberechtigt sind, dann wäre dies für Russland der einfachste Weg, die immer behauptete Haltlosigkeit der Vorwürfe zu belegen.

Obwohl auch der russische Vertreter das Minsker Protokoll unterschrieben hat, ist die Überwachung der russischen Grenze durch die OSZE auf zwei Grenzübergänge beschränkt worden und damit nur von symbolischer Bedeutung. In Minsk 2 ist die Kontrolle der Grenze zwischen Russland und dem Separatistengebiet dann erst für die Zeit nach dem Abschluss der politischen Lösung des Konfliktes vorgesehen.

Über den Autor

Prof. Dr. Heiko Pleines leitet die Abteilung Politik und Wirtschaft der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Er ist am EU-geförderten Graduiertennetzwerk »Post-Soviet Tensions« beteiligt.

Lesetipp

Minsk 1, bestehend aus Protokoll und Memorandum, ist in den Ukraine-Analysen Nr. 136 (S. 7) <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen136.pdf>> und 137 (S. 30) <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen137.pdf>> veröffentlicht, Minsk 2 in der vorliegenden Ukraine-Analyse.

Nachtrag

Die ukrainische Zeitschrift Zerkalo Nedeli hat eine unveröffentlichte Anlage zum Minsk 1 Memorandum präsentiert, die den Verlauf der Trennlinie zum Separatistengebiet durch die Aufzählung von Orten mit ihren geographischen Koordinaten festlegt. Debalzewo gehört gemäß dieser Anlage nicht zum Separatistengebiet. Die Dokumentation ist in russischer Sprache im Internet verfügbar unter: <http://zn.ua/UKRAINE/pismo-putina-poroshenko-polnyy-tekst-i-putinskaya-karta-linii-razgranicheniya-164964_.html>

Welches Interesse kann Russland daran haben, die Kontrolle der Grenze zum Separatistengebiet bis zu einer politischen Lösung zu verhindern, wenn es nichts zu verbergen hat?

Waffenstillstand?

Die entscheidende Frage ist derzeit, ob ähnlich wie nach Minsk 1 die Kämpfe weitergehen und schrittweise eskalieren, weil die Separatisten den Waffenstillstand nur nutzen, um Kräfte an einzelnen Frontabschnitten zu konzentrieren ohne ukrainische Gegenvorstöße an anderer Stelle fürchten zu müssen, oder ob ein dauerhafter Waffenstillstand gewünscht wird, da weitere Kämpfe für beide Seiten eine zu starke Belastung sind. Letzteres scheint derzeit der Fall zu sein.

Selbst bei einem dauerhaften Waffenstillstand wird die Trennlinie zum Separatistengebiet aber umstritten bleiben, weil z. B. ein Abzug der Separatisten aus Debalzewo wohl nicht ernsthaft zu erwarten ist. Die in Minsk vereinbarte politische Lösung u. a. mit freien und fairen Wahlen im Separatistengebiet und einer Verfassungsreform in der Ukraine ist sehr komplex und verlangt von beiden Seiten viele Kompromisse. Wenn schon der Waffenstillstand gebrochen wird, um Gebiete zu kontrollieren, die im Rahmen der friedlichen Lösung festgelegt werden sollen, dann erscheint eine vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarungen utopisch.

Es ist damit zu erwarten, dass der Konflikt eingefroren wird, da nach Einrichtung der Sicherheitszone Kämpfe (hoffentlich) verhindert werden können, die in den Minsker Vereinbarungen vorgesehene politische Lösung aber nicht erreicht werden kann.

Das Minsker Abkommen vom 12. Februar 2015

“Package of Measures for the Implementation of the Minsk Agreements

Minsk, 12 February 2015

“1. Immediate and comprehensive ceasefire in certain areas of the Donetsk and Luhansk regions of Ukraine and its strict implementation as of 15 February 2015, 12am local time.

“2. Withdrawal of all heavy weapons by both sides by equal distances in order to create a security zone of at least 50 km wide from each other for the artillery systems of caliber of 100 and more, a security zone of 70 km wide for MLRS and 140 km wide for MLRS “Tornado-S”, Uragan, Smerch and Tactical Missile Systems (Tochka, Tochka U):

- for the Ukrainian troops: from the de facto line of contact;
- for the armed formations from certain areas of the Donetsk and Luhansk regions of Ukraine: from the line of contact according to the Minsk Memorandum of Sept. 19th, 2014;

“The withdrawal of the heavy weapons as specified above is to start on day 2 of the ceasefire at the latest and be completed within 14 days.

“The process shall be facilitated by the OSCE and supported by the Trilateral Contact Group.

“3. Ensure effective monitoring and verification of the ceasefire regime and the withdrawal of heavy weapons by the OSCE from day 1 of the withdrawal, using all technical equipment necessary, including satellites, drones, radar equipment, etc.

“4. Launch a dialogue, on day 1 of the withdrawal, on modalities of local elections in accordance with Ukrainian legislation and the Law of Ukraine “On interim local self-government order in certain areas of the Donetsk and Luhansk regions” as well as on the future regime of these areas based on this law.

“Adopt promptly, by no later than 30 days after the date of signing of this document a Resolution of the Parliament of Ukraine specifying the area enjoying a special regime, under the Law of Ukraine “On interim self-government order in certain areas of the Donetsk and Luhansk regions”, based on the line of the Minsk Memorandum of September 19, 2014.

“5. Ensure pardon and amnesty by enacting the law prohibiting the prosecution and punishment of persons in connection with the events that took place in certain areas of the Donetsk and Luhansk regions of Ukraine.

“6. Ensure release and exchange of all hostages and unlawfully detained persons, based on the principle “all for all”. This process is to be finished on the day 5 after the withdrawal at the latest.

“7. Ensure safe access, delivery, storage, and distribution of humanitarian assistance to those in need, on the basis of an international mechanism.

“8. Definition of modalities of full resumption of socioeconomic ties, including social transfers such as pension payments and other payments (incomes and revenues, timely payments of all utility bills, reinstating taxation within the legal framework of Ukraine).

“To this end, Ukraine shall reinstate control of the segment of its banking system in the conflict-affected areas and possibly an international mechanism to facilitate such transfers shall be established.

“9. Reinstatement of full control of the state border by the government of Ukraine throughout the conflict area, starting on day 1 after the local elections and ending after the comprehensive political settlement (local elections in certain areas of the Donetsk and Luhansk regions on the basis of the Law of Ukraine and constitutional reform) to be finalized by the end of 2015, provided that paragraph 11 has been implemented in consultation with and upon agreement by representatives of certain areas of the Donetsk and Luhansk regions in the framework of the Trilateral Contact Group.

“10. Withdrawal of all foreign armed formations, military equipment, as well as mercenaries from the territory of Ukraine under monitoring of the OSCE. Disarmament of all illegal groups.

“11. Carrying out constitutional reform in Ukraine with a new constitution entering into force by the end of 2015 providing for decentralization as a key element (including a reference to the specificities of certain areas in the Donetsk and Luhansk regions, agreed with the representatives of these areas), as well as adopting permanent legislation on the special status of certain areas of the Donetsk and Luhansk regions in line with measures as set out in the footnote until the end of 2015. [Note]

“12. Based on the Law of Ukraine “On interim local self-government order in certain areas of the Donetsk and Luhansk regions”, questions related to local elections will be discussed and agreed upon with representatives of cer-

tain areas of the Donetsk and Luhansk regions in the framework of the Trilateral Contact Group. Elections will be held in accordance with relevant OSCE standards and monitored by OSCE/ODIHR.

“13. Intensify the work of the Trilateral Contact Group including through the establishment of working groups on the implementation of relevant aspects of the Minsk agreements. They will reflect the composition of the Trilateral Contact Group.

“Note

“Such measures are, according to the Law on the special order for local self-government in certain areas of the Donetsk and Luhansk regions:

- Exemption from punishment, prosecution and discrimination for persons involved in the events that have taken place in certain areas of the Donetsk and Luhansk regions;
- Right to linguistic self-determination;
- Participation of organs of local self-government in the appointment of heads of public prosecution offices and courts in certain areas of the Donetsk and Luhansk regions;
- Possibility for central governmental authorities to initiate agreements with organs of local self-government regarding the economic, social and cultural development of certain areas of the Donetsk and Luhansk regions;
- “State supports the social and economic development of certain areas of the Donetsk and Luhansk regions;
- Support by central government authorities of cross-border cooperation in certain areas of the Donetsk and Luhansk regions with districts of the Russian Federation;
- Creation of the people’s police units by decision of local councils for the maintenance of public order in certain areas of the Donetsk and Luhansk regions;
- The powers of deputies of local councils and officials, elected at early elections, appointed by the Verkhovna Rada of Ukraine by this law, cannot be early terminated.

“Participants of the Trilateral Contact Group:

Ambassador Heidi Tagliavini

Second President of Ukraine, L. D. Kuchma

Ambassador of the Russian Federation to Ukraine, M. Yu. Zurabov

A.W. Zakharchenko

I.W. Plotnitski

Quelle: Annex I to the Resolution 2202 (2015), <<http://www.un.org/press/en/2015/sc11785.doc.htm>>

Erklärung des Präsidenten der Russischen Föderation, des Präsidenten der Ukraine, des Präsidenten der Französischen Republik und der Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des Maßnahmenpakets zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen angenommen am 12. Februar 2015 in Minsk

Der Präsident der Russischen Föderation, Wladimir Putin, der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, der Präsident der Französischen Republik, François Hollande, und die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Angela Merkel, bekräftigen ihre uneingeschränkte Achtung der Souveränität und der territorialen Unversehrtheit der Ukraine.

Sie sind der festen Überzeugung, dass es zu einer ausschließlich friedlichen Lösung keine Alternative gibt. Sie sind fest entschlossen, zu diesem Zweck einzeln und gemeinsam alle möglichen Maßnahmen zu treffen. Vor diesem Hintergrund unterstützen die Staats- und Regierungschefs das am 12. Februar 2015 angenommene und unterzeichnete Maßnahmenpaket zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen, das von allen Unterzeichnern des Minsker Protokolls vom 5. September 2014 und des Minsker Memorandums vom 19. September 2014 unterschrieben wurde. Die Staats- und Regierungschefs werden zu diesem Prozess beitragen und ihren Einfluss auf die jeweiligen Parteien ausüben, um die Umsetzung dieses Maßnahmenpakets zu erleichtern.

Deutschland und Frankreich werden technische Expertise für die Wiederherstellung des Bankensektors in den betroffenen Konfliktgebieten zur Verfügung stellen, möglicherweise durch die Schaffung eines internationalen Mechanismus zur Erleichterung von Sozialtransfers.

Die Staats- und Regierungschefs teilen die Überzeugung, dass eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen der EU, der Ukraine und Russland der Beilegung dieser Krise förderlich sein wird. Zu diesem Zweck unterstützen sie die Fort-

setzung der trilateralen Gespräche zwischen der EU, der Ukraine und Russland über Energiefragen mit dem Ziel, nach dem Gas-Paket für den Winter weitere Folgeschritte zu vereinbaren.

Sie unterstützen ferner trilaterale Gespräche zwischen der EU, der Ukraine und Russland, um praktische Lösungen für Bedenken zu erreichen, die Russland mit Blick auf die Umsetzung des tiefgreifenden und umfassenden Freihandelsabkommens zwischen der Ukraine und der EU geäußert hat.

Die Staats- und Regierungschefs bekennen sich unverändert zur Vision eines gemeinsamen humanitären und wirtschaftlichen Raums vom Atlantik bis zum Pazifik auf der Grundlage der uneingeschränkten Achtung des Völkerrechts und der Prinzipien der OSZE.

Die Staats- und Regierungschefs fühlen sich der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen weiter verpflichtet. Zu diesem Zweck vereinbaren sie die Schaffung eines Aufsichtsmechanismus im Normandie-Format, der in regelmäßigen Abständen zusammentreten wird, und zwar in der Regel auf der Ebene hoher Beamter der Außenministerien.

Quelle: *Presse- und Informationsamt der Bundesregierung*, <<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Pressemitteilungen/BPA/2015/02/2015-02-12-erklaerung-minsk.html>>

UN Resolution über die Implementierung des Minsker Abkommens vom 12. Februar (17.02.2015)

Unanimously Adopting Resolution 2202 (2015), Security Council Calls on Parties to Implement Accords Aimed at Peaceful Settlement in Eastern Ukraine

The full text of resolution 2202 (2015) reads as follows:

“The Security Council,

“Recalling the purposes and principles enshrined in the Charter of the United Nations and reaffirming its full respect for the sovereignty, independence and territorial integrity of Ukraine,

“Expressing its grave concern at the tragic events and violence in eastern regions of Ukraine,

“Reaffirming its resolution 2166 (2014),

“Firmly convinced that the resolution of the situation in eastern regions of Ukraine can only be achieved through a peaceful settlement to the current crisis,

“1. Endorses the “Package of measures for the Implementation of the Minsk Agreements”, adopted and signed in Minsk on 12 February 2015 (Annex I);

“2. Welcomes the Declaration by the President of the Russian Federation, the President of Ukraine, the President of the French Republic and the Chancellor of the Federal Republic of Germany in support of the “Package of measures for the Implementation of the Minsk Agreements”, adopted on 12 February 2015 in Minsk (Annex II), and their continuing commitment therein to the implementation of the Minsk Agreements;

“3. Calls on all parties to fully implement the “Package of measures”, including a comprehensive ceasefire as provided for therein;

“4. Decides to remain seized of the matter.

Quelle: <<http://www.un.org/press/en/2015/sc11785.doc.htm>>

Ukraine—Communiqué issued by M. Laurent Fabius, Minister of Foreign Affairs and International Development, on the Normandy format ministerial meeting (Paris, 24/02/2015)

The foreign ministers of France, Germany, Russia and Ukraine met this morning in Paris, in accordance with the decision made by the heads of state and government in the Normandy format last week.

The meeting followed the signing in Minsk of a “Package of Measures for the Implementation of the Minsk Agreements” and the declaration by the heads of state and government of France, Germany, Russia and Ukraine adopted on 12 February 2015, providing for the establishment of an oversight mechanism in the Normandy format.

This morning they exchanged views on the implementation of the ceasefire. The situation in Debaltseve in particular was discussed and particular attention was given to the situation in the region of Mariupol.

The four ministers call for the strict implementation of all provisions of the Minsk agreements, beginning with a total ceasefire and the complete withdrawal of heavy weapons.

They call for the swiftest possible conclusion of the plans for the withdrawal of heavy weapons and their full implementation. They ask for a reinforcement of the OSCE Special Monitoring Mission and the extension of its mandate

with additional personnel, equipment and financing. To this end, they are ready to take the initiative in Vienna to ensure that this mandate is extended swiftly.

They call on all parties to ensure full access by the OSCE observers to all areas. They call on all parties to fully cooperate with the OSCE, in order to enable it to fulfil its mandate, particularly regarding the monitoring and verification of the withdrawal of heavy weapons. They invite the OSCE and the JCCC to liaise closely in their work in order to help the OSCE monitor the ceasefire and the withdrawal of heavy weapons.

They also call on the Trilateral Contact Group to establish working groups without delay, in order to achieve progress on a range of issues, including the political process, as agreed in the “Package of Measures”, with the participation of representatives of all signatories of the Minsk agreements.

They underline the importance of unhindered access for humanitarian assistance to all areas.

Lastly, they confirm that France, Germany, Russia and Ukraine remain determined to continue their action in this format and to do their utmost to ensure that the commitments made are honoured and the crisis is resolved. They task their political directors/deputy foreign ministers to oversee the implementation of the Minsk Package. They will return to the issue if need be.

Quelle: <<http://basedoc.diplomatie.gouv.fr/vues/Kiosque/FranceDiplomatie/kiosque.php?type=baen>>

Die OSZE zur Einhaltung der Waffenruhe

Latest from OSCE Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine based on information received as of 18:00 (Kyiv time), 15 February 2015

The SMM began monitoring the implementation of the “Package of measures for the Implementation of the Minsk agreements”. The SMM monitored the ceasefire which commenced at 00:00hrs on 15 February. It observed that the ceasefire has been adhered to despite some incidents in Sievierodonetsk (90km north-west of Luhansk, government-controlled), Luhansk, Debaltseve (80km north of Donetsk) and in Donetsk city.

(...) According to the JCCC HQ log, the number of ceasefire violations for the 08:00–00:00hrs period on 14 February was 101. Almost all violations involved Multiple Launch Rocket Systems (MLRS), artillery and mortars and were concentrated around Debaltseve and Donetsk airport. From 00:00–08:00hrs on 15 February there were 15 violations, all in Debaltseve or in Chornukhyne (Luhansk region, 8km east of Debaltseve, area of heavy fighting). The Russian Federation Armed Forces Major General, Representative of the Armed Forces of the Russian Federation to the JCCC, considered the ceasefire to be holding, given the significant decrease in military incidents. The Ukrainian Armed Forces Major General, Head of the Ukrainian side to the JCCC said the effectiveness of the ceasefire would only be apparent when they could travel to Debaltseve. (...)

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/140886>>

Latest from OSCE Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine based on information received as of 18:00 (Kyiv time), 16 February 2015

(...) The SMM on two occasions observed Ukrainian Armed Forces military vehicles moving away from the line of contact. While traveling to Kramatorsk at 44km north-west of Donetsk the SMM observed a Ukrainian Armed Forces military convoy—comprised of seven armoured personnel carriers (BMP) and five Ural trucks including one with an anti-aircraft gun (ZU23)—driving west. Near a gas station at the Artemivsk/Soledar junction the SMM saw three Ukrainian Armed Forces T64 tanks moving on the M03 road from the direction of Debaltseve towards Sloviansk (95 km north-west of Donetsk, government-controlled). (...)

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/141281>>

Latest from OSCE Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine based on information received as of 18:00 (Kyiv time), 17 February

The SMM continued monitoring the implementation of the “Package of measures for the Implementation of the Minsk agreements”. The SMM, based on its monitoring—which was restricted due to security considerations—noted that there had been heavy fighting in and around the Debaltseve–Horlivka area. However in many other places, the ceasefire largely held. (...) The JCCC provided SMM with incident logs that indicated 52 ceasefire violations (over half were at Debaltseve; Donetsk airport and east of Mariupol were also mentioned) for the 24hr period from 08:00 on 16 February to 08:00 on 17 February—almost half the number of incidents on the preceding 24 hour period, when 102 were noted. (...)

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/141481>>

Spot report by the OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine (SMM), 18 February 2015: SMM facilitates dialogue on ceasefire and access to Debaltseve

(...) The representative of the General Staff of the Ukrainian Armed Forces said the Ukrainian Armed Forces were willing to cease fire. The “DPR” and “LPR” were not willing to do so. The SMM noted that this refusal to cease fire was in clear contravention to their earlier agreement to do so and amounted to a restriction of the Mission’s freedom of movement. (...)

Quelle: <http://www.osce.org/ukraine-smm/141426>

Latest from OSCE Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine based on information received as of 18:00 (Kyiv time), 18 February

(...) JCCC headquarters logs recorded 27 alleged ceasefire violations in the 24 hours preceding 08:00hrs, 18 February, almost all of which involved the use of Multiple Launch Rocket Systems (MLRS), heavy artillery or mortars. The hardest hit area was Debaltseve. (...)

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/141866>>

Latest from OSCE Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine based on information received as of 18:00 (Kyiv time), 19 February 2015

(...) The incident log included 70 ceasefire violations from 18 February 08:00hrs to 19 February 08:00hrs. Most violations included the use of Multiple Launch Rocket Systems (MLRS), heavy artillery and mortars. Donetsk airport, with 45 recorded incidents, was the hardest hit according to the records in the log. The “DPR” and “LPR” members said to the SMM that they have started to withdraw military hardware from the line of contact. (...)

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/142121>>

Latest from OSCE Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine based on information received as of 18:00 (Kyiv time), 23 February 2015

(...) At the temporary Joint Centre for Control and Coordination (JCCC) headquarters re-located to government-controlled Soledar (77km north of Donetsk), those present, including officers of the Ukrainian Armed Forces, the Russian Federation Armed Forces and members of the “DPR” and “Lugansk People’s Republic” (“LPR”) gave the SMM the latest map of the region with a definite line of contact agreed upon by all. The Russian Federation Major-General, Representative of the Armed Forces of the Russian Federation to the JCCC, said that some heavy weapons had been withdrawn by the “LPR” in Luhansk Region. The Ukrainian Armed Forces Major-General, Head of the Ukrainian side to the JCCC said he had no evidence that any heavy weapons had been withdrawn. Until the signatories of the Minsk Package provide baseline information repeatedly requested by the SMM Chief Monitor—including inventories, withdrawal routes and concentration points—the SMM remains able to monitor movement of weapons but not to verify that weapons are withdrawn.

The JCCC incident log seen by the SMM showed the total number of complaints of ceasefire violations for the 24 hours to 08:00hrs on 23 February had decreased in comparison with the previous 24 hours. For the third day in a

row most complaints were logged in villages near Donetsk airport and in Shyrokyne (23km east of Mariupol, 125km south of Donetsk). (...)

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/142606>>

Internationale Positionen zur Situation in Debaltsewe

OSZE:

Statement by the Chief Monitor of OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine on events in Ukraine (17.02.2015)

Today the OSCE SMM visited the temporary headquarters of Joint Centre for Control and Co-ordination (JCCC). The Deputy Chief Monitor was present at four rounds of videoconference discussions, in which representatives of the General Staff of Ukraine, members of the so-called “DPR” and “LPR,” and Russian and Ukrainian heads of the JCCC took part.

The Chief Monitor, Ambassador Ertugrul Apakan welcomed efforts to engage in dialogue. “I am, however, profoundly disturbed by reports of what is going on in Debaltseve, where until recently the JCCC itself was based,” he said.

“Five months ago the sides agreed on the need for a comprehensive ceasefire and to prohibit attacking moves, they also defined the line of contact between their forces. Five days ago they agreed to an immediate and comprehensive ceasefire. Today the SMM intended to visit Debaltseve to implement its mandate. In light of reports of shelling and small-arms fire in the area, the SMM asked the sides to confirm to each other their adherence to the ceasefire, with a view to allowing access to the town. I regret that they were not all able to do this. As a result, the SMM’s mandate has been compromised.”

“I am especially concerned about the civilian population of the town. The sides have a duty to them as well, and to each other to adhere strictly to the ceasefire. I condemn any attempts to create new facts on the ground, and so to change the basis on which the latest package of measures has been agreed.

“Thus far, the so-called ‘DPR’ and ‘LPR’—citing security fears—have effectively denied access to the SMM to Debaltseve. We insist that they immediately cease the offensive. We insist upon unfettered access to Debaltseve and to the full security zone.

“The SMM will return to Soledar on 18 February and will travel from there to Debaltseve as soon as the sides can confirm to each other their intention to honour the ceasefire agreement. Failure to do so will have grave consequences.”

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/141306>>

UNO:

Statement attributable to the Spokesman for the Secretary-General on Ukraine (15.02.2015)

“The Secretary-General welcomes the start of a cease-fire in eastern Ukraine as agreed on 12 February under the ‘Package of Measures for the implementation of the Minsk Agreements’.

He notes that the cease-fire appears to be largely holding, giving a desperately needed respite to civilians trapped in the area and contributing to a swift and peaceful resolution of the conflict. However, the Secretary-General is seriously concerned over reports of continued instances of hostilities including in Debaltseve and reiterates his call for all parties to abide by the cease-fire without exception.

The Secretary-General reminds all of the significance of the cease-fire, which forms the basis for the broader implementation of the Minsk Agreements and to restore peace and stability to Ukraine.”

Quelle: <<http://www.un.org/sg/statements/index.asp?nid=8403>>

Security Council Press Statement on Situation in Debaltseve (17.02.2015)

“The following Security Council press statement was issued today by Council President Liu Jieyi (China):

The members of the Security Council expressed grave concern at the continued fighting in and around Debaltseve, Ukraine, which has resulted in numerous civilian casualties.

The members of the Security Council regretted that, despite the announcement of a ceasefire on 15 February, violence has continued in recent days in some parts of eastern Ukraine.

The members of the Security Council called on all parties to immediately cease hostilities and abide by commitments agreed in Minsk, including facilitating access for the OSCE [Organisation for Security and Co-operation in Europe] Special Monitoring Mission to monitor and verify compliance with the Minsk agreements.

The members of the Security Council further called on all parties to treat detained individuals humanely.”

Quelle: <<http://www.un.org/press/en/2015/sc11784.doc.htm>>

USA:

Readout of the Vice President’s Call with Ukrainian President Petro Poroshenko (17.02.2015)

“Vice President Joe Biden spoke today with Ukrainian President Petro Poroshenko about the situation in the eastern part of the country. The Vice President strongly condemned the violation of the ceasefire by separatist forces acting in concert with Russian forces, in and around the town of Debaltseve. The leaders both noted the ceasefire violation was confirmed by the Special Monitoring Mission of the Organization for Security and Cooperation in Europe (OSCE). The Vice President also strongly condemned Russia and the separatists for blocking access to Debaltseve by OSCE monitors, which is allowing the separatists to continue their attacks without inhibition. The Vice President agreed with President Poroshenko that if Russia continues to violate the Minsk agreements, including the most recent agreement signed on February 12, the costs to Russia will rise.”

Quelle: <<http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2015/02/17/readout-vice-president-s-call-ukrainian-president-petro-poroshenko>>

EU:

Statement by High Representative/Vice-President Federica Mogherini on the violation of the ceasefire in Debaltseve (18.02.2015)

“The actions by the Russia-backed separatists in Debaltseve are a clear violation of the ceasefire. The separatists must stop all military activities. Russia and the separatists have to immediately and fully implement the commitments agreed to in Minsk, in line with yesterday’s UN Security Council resolution, starting with the respect of the ceasefire and the withdrawal of all heavy weapons.

Furthermore, the EU calls for immediate access of the OSCE Special Monitoring Mission to assume its monitoring and verification functions in and around Debaltseve and to any other site the Mission needs to go.

Safe passage for all those who want to leave the area must also be ensured.

The EU stands ready to take appropriate action in case the fighting and other negative developments in violation of the Minsk agreements continue.”

Quelle: <http://eeas.europa.eu/statements-eeas/2015/150218_01_en.htm>

NATO:

Opening remarks by NATO Secretary General Jens Stoltenberg at the joint press point with the Latvian President

(...) “The Minsk agreement is the best opportunity for a lasting peaceful solution.

What really matters now is implementation of the ceasefire and the Minsk agreement.

Today I am deeply concerned by the deteriorating situation in and around Debaltseve.

The refusal of the separatists to respect the cease-fire threatens the agreement.

As does their denial of access to the area for the OSCE monitors.

Russian forces, artillery and air defence units as well as command and control elements are still active in Ukraine.

Russia has supported the separatists with forces, training and advanced weapons.

And there has been a steady buildup of tanks and armoured vehicles across the border from Russia to Ukraine.

I urge Russia to end its support for the separatists.

And withdraw its forces and military equipment from eastern Ukraine in accordance with the Minsk agreement.

The separatists should halt all attacks immediately.

And allow OSCE monitors full access.

I support the call by the UN Security Council to all parties to implement their Minsk commitments.

We continue to believe that this agreement is the best way forward to a political solution to the conflict in Ukraine.”

Quelle: <http://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_117517.htm>

Russland:

Press statement following Russian–Hungarian talks and answers to journalists' questions (17.02.2015)

(...) “**QUESTION:** Mr President, what is your assessment of the situation now that two days have passed since the Minsk agreement on a ceasefire took effect? Things do not seem to be going so smoothly, especially when you look at what is happening in Debaltsevo. There, at any rate, there is no ceasefire in place.

VLADIMIR PUTIN: First of all, we place great importance on the agreements reached in Minsk. Perhaps not everyone has noticed this yet, but what is particularly important in these agreements is that the authorities in Kiev are essentially agreeing to carry out far-reaching constitutional reform in order to satisfy demands for independence—call it what you will, decentralisation, autonomy or federalisation—in different parts of the country. This is a very important and very significant decision on the part of Ukraine's authorities.

But there is another side involved too, and if the Donbass region's representatives have agreed to take part in this reform, this means that we are seeing some support for progress along this road of developing Ukraine's statehood.

Of course, the quicker everything is done to end hostilities and withdraw military equipment, the quicker this will put in place the real conditions needed for a political settlement to really go ahead.

As for military operations, I want to say that we have noted overall a substantial drop in activity. But let me note too that last time, when President Poroshenko decided to resume military operations and then stop them, it was not possible to do this immediately. What we do see now though is a clear and big decrease in the amount of shooting and exchange of hostilities along the entire battle line.

Yes, clashes are still taking place around Debaltsevo. But there too the scale and intensity of operations is less than it was before. What is happening there was not unexpected. According to our information, a group of Ukrainian troops were already surrounded there before the meeting in Minsk last week. I spoke about this at the meeting in Minsk. I said that the surrounded troops would try to break out of the encirclement and there would be attempts from the outside too to break through, and the militia, who had got the Ukrainian troops surrounded, would resist these attempts and try to keep the encirclement in place, and this would inevitably lead to further clashes. Another attempt to break through was made this morning, I don't know what the media have been saying, I have not managed to follow all of the news, but I know that at ten o'clock this morning the Ukrainian armed forces made another attempt to break open the encirclement. It was unsuccessful in the end.

I hope very much that the people responsible in the Ukrainian government will not prevent Ukrainian servicemen from laying down their arms. If they cannot or will not take this important decision and give this order, they should at least not prosecute those who are ready to lay down their arms in order to save their own and others' lives. At the same time, I hope that militia representatives and the authorities in the Donetsk People's Republic and Lugansk People's Republic will not detain these people and will not prevent them from freely leaving the conflict zone and encirclement and returning to their families.

QUESTION (*translated from Russian*): Mr President, from your words I understand that when the Minsk agreement was signed, and when you took part in the talks, you knew that the ceasefire would not take effect from exactly the moment planned. In other words, it was to be expected that some clashes would continue.

Do you think these clashes will end soon? Are you optimistic about the chances for a lasting ceasefire, or are you a pessimist, because if military clashes do intensify there, the United States could start supplying arms to Ukraine. How you would respond to this, what would Russia do?

VLADIMIR PUTIN: Concerning possible arms supplies to Ukraine, for a start, according to our information, arms supplies are already taking place. There is nothing so unusual about this situation.

Second, I firmly believe that no matter who and which type of weapons are involved, it is never a good thing to supply arms to a conflict zone, but in this particular case, no matter who sends them and what kind of arms are involved, the number of victims might rise of course, but the result would be the same as what we see today.

This would be inevitable because I believe that the vast majority of Ukrainian servicemen do not want to take part in a fratricidal war, even more so far from their own homes, and the Donbass militia has strong motivation to fight for and protect their families.

After all, let me remind you once again that what is happening now is linked to one thing only, namely, to the fact that the government in Kiev decided for a third time to resume military action and use the armed forces. This decision was first taken by Mr Turchinov, who issued the order to carry out what he called an antiterrorist operation. President Poroshenko then decided to resume the military operations, and now this is happening for the third time.

There will be no end to this if the people making the decisions do not realise that there is no hope of resolving the problem through military means. It can be settled only through peaceful means, only through reaching an agreement with this part of their country and guaranteeing these people's lawful rights and interests.

Let me say that the agreement reached in Minsk offers an opportunity for this to happen. In this respect, I want to note the big role that the French President and the German Federal Chancellor played in reaching a compromise. I think that a compromise solution has been found and could be cemented by a resolution from the UN Security Council. Russia, as you know, has already put forward this initiative. If this happens, the Minsk Agreement would gain the status of international law. If not, it is already a good enough document that should be implemented in full. I am more of an optimist than a pessimist.

Let me say again that the situation is relatively quiet along the whole battle line now. We need to settle the problem of the group that has been surrounded. Our common task is to save the lives of the people trapped in this encirclement and ensure that this issue does not worsen relations between the authorities in Kiev and the Donbass militia.

It is never easy to lose of course and is always a misfortune for the losing side, especially when you lose to people who were yesterday working down in the mines or driving tractors. But life is life and it has to continue. I don't think we should get too obsessed about these things.

As I said, we need to concentrate on resolving the main task, which is to save the lives of the people there now and enable them to return to their families, and we need to implement in full the plan agreed to in Minsk. I am sure that this is possible. There is no other road to take." (...)

Quelle: <<http://eng.kremlin.ru/transcripts/23622>>

Ukraine:

Statement by the President on the situation in Debaltseve (18.02.2015)

"I can inform now that this morning the Armed Forces of Ukraine together with the National Guard completed the operation on the planned and organized withdrawal of a part of units from Debaltseve. We can say that 80% of troops have been already withdrawn. We are waiting for two more columns. Warriors of the 128th brigade, parts of units of the 30th brigade, the rest of the 25th and the 40th battalions, Special Forces, the National Guard and the police have already left the area.

We can assert that the Armed Forces of Ukraine have fulfilled their tasks completely. This position and success were urgently necessary for us in the course of the Minsk negotiations and after them. We managed to show to the whole world the true face of bandits-separatists backed by Russia, which acted as guarantor and direct participant of the Minsk negotiations.

We were asserting and proved: Debaltseve was under our control, there was no encirclement, and our troops left the area in a planned and organized manner with all the heavy weaponry: tanks, APCs, self-propelled artillery and vehicles. (...)

I would like to say that Russia, which yesterday required the Ukrainian warriors to lay down arms, raise the white flag and surrender, was put to shame by the given actions. Ukrainian warriors honorably approved the high rank of the Ukrainian Defender of the Homeland. As I promised, they repelled those who tried to encircle them and left Debaltseve pursuant to my command, which I gave yesterday, when Russian servicemen forbade the OSCE representatives to come to Debaltseve to reaffirm our readiness to begin the withdrawal of heavy weaponry and demonstrate the absence of encirclement. They knew it was not true. We demonstrated and proved that with our operation.

We are holding the new defense lines. In the course of my negotiations with leaders of the United States and the EU, I demanded a firm reaction from the world to Russia's brutal violation of the Minsk agreements, the ceasefire regime and the withdrawal of heavy weaponry. We will prepare organized and coordinated actions together." (...)

Quelle: <<http://www.president.gov.ua/en/news/32292.html>>

Die OSZE und Russland über den Rückzug schwerer Waffen

Statement by Ertugrul Apakan, the Chief Monitor of the OSCE Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine (24.02.2015)

PARIS, 24 February 2015. “We welcome the determination of the Ministers of France, Germany, Russia and Ukraine, who met in Paris today, that the package of measures agreed in Minsk must be implemented in full, without delay.

“More than 10 days ago we wrote to the signatories to make clear what is needed from them if the OSCE Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine is to fulfil the task given to the mission regarding monitoring and heavy weapons withdrawal. This includes: what heavy weapons they have; where these weapons are now, and which routes will be used to withdraw them; and where they will be located after they have been withdrawn.

“The parties concerned still have not provided this information, and they need to do so promptly. Without this information, the SMM cannot effectively verify the withdrawal of heavy weapons.

“The SMM has already been monitoring the movement of heavy weapons for five months, but there is a clear distinction between this activity, which we will continue—and being able to report that these weapons are indeed withdrawn, and safely and securely stored.

“The SMM can monitor and verify this process in a credible manner. We look forward to being able to report that these weapons, which have caused such widespread devastation and displacement, have been indeed pulled back.”

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/142611>>

Statement by the Foreign Ministry on issues of OSCE verification of the implementation of the Minsk agreements on Ukraine (Moscow, 25.02.2015)

The Foreign Ministry underscores the need for strict compliance with all the provisions of the Package of Measures for the Implementation of the Minsk Agreements, adopted on February 12 in Minsk by the Contact Group on Ukraine and supported by the leaders of Russia, Germany, France and Ukraine.

Russia welcomes the commitment of Donbass self-defence forces to withdraw heavy weapons to create a security zone under the aforementioned document.

As is known, the parties to the Minsk Agreements of February 12, 2015 have urged the OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine and the Joint Coordination Centre for Ceasefire Monitoring to step up their activity, and to facilitate and monitor the withdrawal of heavy weapons.

It is regrettable that the OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine, citing the lack of certain instructions, is not showing due diligence in performing the functions entrusted to it and evades monitoring the implementation of the sides' obligations to withdraw heavy weapons. We note that the plan for the withdrawal of heavy weapons was agreed upon within the framework of the Joint Coordination Centre and was made known to the OSCE mission.

We expect that the OSCE Special Monitoring Mission will without delay start performing its functions of monitoring and verifying the withdrawal of heavy weapons by all the parties to the conflict.

Quelle: <http://www.mid.ru/bdomp/brp_4.nsf/e78a48070f128a7b43256999005bcbb3/67dfbee9b328e6c043257df70049aa88!OpenDocument>

In Feindes Hand. Das Verfahren gegen Nadija Sawtschenko

Von Caroline von Gall, Köln

Zusammenfassung

»Über Schuld oder Unschuld entscheidet das Gericht.« Mit diesen Worten machte der russische Präsdentensprecher Dmitry Peskov am 13. Februar 2015 alle Hoffnungen zunichte, im Fall der in Russland angeklagten ukrainischen Pilotin Nadija Sawtschenko könne eine politische Einigung mit dem Europarat erzielt werden. Dieser hatte sich zuletzt stark für die Befreiung der sich im Hungerstreik befindenden Ukraine-

rin eingesetzt.

Einleitung

Peskovs Aussagen suggerieren Gewaltenteilung und eine unabhängige Rechtsprechung. Tatsächlich legen die Einzelheiten des Falls nahe, dass die Unabhängigkeit des Gerichts massiv bezweifelt werden muss. Vielmehr ist der u. a. von der Menschenrechtsorganisation Memorial vorgetragene Analyse zuzustimmen, wonach das Verfahren Teil einer politischen und einer Medienkampagne ist, die dazu dienen soll, die ukrainische Politik und den ukrainischen Staat in den Augen der russischen Öffentlichkeit zu diskreditieren und zu kriminalisieren. Mit einem gerichtlichen Urteil gewinnt das Narrativ vom gewalttätigen Kampf des ukrainischen Staates gegen die nach Unabhängigkeit strebende Zivilbevölkerung, vom Kampf gegen das eigene Volk im Osten des Landes, Legitimation und Glaubwürdigkeit. So wird das Verfahren ganz offensichtlich als Schauprozess genutzt, um für die russische Öffentlichkeit die Geschehnisse in der Ukraine »objektiv« zu überprüfen. Die Anklage folgt der Darstellung in den russischen kremlnahen Medien. Es geht darum darzulegen, dass nationalistische para-militärische Einheiten in der Ostukraine wehrlose Zivilisten »aus nationalistischem Hass« töten, wie die Anklage behauptet. Dass die »Täterin« eine junge Frau ist, macht die Geschichte besonders bemerkenswert.

Nadija Sawtschenko: das Porträt

Angeklagt ist die ukrainische Pilotin und Offizierin Nadija Sawtschenko. Sie ist heute eines der bekanntesten Mitglieder der ukrainischen Armee. Bis zum Ausbruch des Konflikts in der Ostukraine hatte sie dort eine erfolgreiche Karriere absolviert. Berichten zufolge war sie die einzige weibliche Angehörige der ukrainischen Friedenstruppen im Irak in der Zeit von 2004 bis 2008. Mit Ausbruch des Konflikts in der Ostukraine schloss sie sich dem vom ukrainischen Oligarchen Ihor Koloimoiskij finanzierten Freiwilligen-Bataillon »Aidar« im Kampf gegen die pro-russischen Separatisten an. Sowohl die OSZE als auch Amnesty International werfen den

Mitgliedern des Bataillons Menschenrechtsverletzungen, u. a. Misshandlungen und den Tod von Zivilisten vor. Konkrete Vorwürfe gegen Sawtschenko finden sich hier allerdings nicht.

Das russische Ermittlungskomitee hatte indes im Juni 2014 Untersuchungen vorgelegt, nach denen Sawtschenko als Mitglied des Aidar-Bataillons Informationen über den Aufenthalt der russischen Journalisten Igor Korneljuk und Anton Woloschin sowie weiterer Zivilisten weitergegeben hatte. Aufgrund dieser Informationen seien die Journalisten am 17. Juni 2014 getötet worden.

Unbestritten ist, dass Sawtschenko am 17. oder 18. Juni 2014 von pro-russischen Separatisten der sogenannten Luhansker Volksrepublik gefangen genommen wurde. Dies belegt ein Video, das Sawtschenko als Gefangene im Kreis von Separatisten zeigt.

Wenige Tage nach der Aufnahme des Videos wird bekannt, dass sich Sawtschenko in den Händen der russischen Strafverfolgungsbehörden befindet. Darüber, wie sie in russische Gefangenschaft geriet, besteht Uneinigkeit. Sawtschenko selbst gibt an, dass sie unfreiwillig von den Separatisten an die russischen Behörden übergeben wurde. Die Verteidigung wirft dem russischen Staat Kidnapping vor. Die russischen Behörden bestreiten dies und behaupten, dass Sawtschenko nahe der ukrainischen Grenze auf russischem Territorium angetroffen wurde und die Grenze aus freiem Willen, aber gegen die russischen Gesetze ohne Papiere übertreten hatte.

Die Anklage

Am 9. Juli 2014 gab das russische Ermittlungskomitee bekannt, dass Sawtschenko aufgrund der Weitergabe von Informationen wegen Beihilfe zur Tötung von zwei oder mehr Personen in Ausübung von Dienstpflichten, mit gemeingefährlichen Methoden und aus politischem Hass in einer Gruppe von Menschen nach Art. 33 Abs. 5 und Art. 105 Abs. 2 lit. a, 6, e, ж, л StGB angeklagt wird. Nach Art. 12 StGB können Ausländer, die eine Straftat außerhalb des Territoriums der Russischen Föderation verübt haben, in Russland strafrechtlich belangt werden, wenn die Straftat gegen die Interessen Russlands oder

gegen russische Staatsbürger gerichtet ist. Dies ermöglicht hier die Verfolgung.

Die Anklage wird aber von einer ganzen Reihe von eindeutig voreingenommenen Behauptungen durchzogen, die einem fairen Verfahren entgegenstehen.

So sprechen die Dokumente der Staatsanwaltschaft, aber auch die Entscheidung des Haftgerichts vom 3. Juli 2014 von der Luhansker und der Donezker Volksrepublik, als wären diese bereits anerkannte völkerrechtliche Gebilde. Diese Sichtweise entspricht der Ansicht der Separatisten, ist aber weder völkerrechtlich noch von offizieller russischer Seite akzeptiert.

Insgesamt ist interessant, dass die Anklage, die grundsätzlich allein die individuelle Schuld der Angeklagten belegen muss, mit einer allgemeinen politischen Einordnung der Geschehnisse in der Ostukraine beginnt. Darin wird dem Innenminister der Ukraine Awakow sowie dem Oligarchen und Gouverneur des Oblasts Dnipropetrowsk, Kolomoiskij, und zahlreichen Amtsträgern des ukrainischen Verteidigungsministeriums vorgeworfen, »zum Ziel der Tötung unzähliger Menschen« aus dem Motiv des politischen Hasses« und unter Verletzung der Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten, deren I. und II. Protokoll sowie des Übereinkommens über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können, im Bereich der Städte Slowjansk, Kramatorsk, Donezk, Mariupol und »anderer Siedlungen in den abtrünnigen Volksrepubliken Donezk und Luhansk« kriegerische Handlungen zu organisieren. Dabei wird unterstrichen, dass in diesen Regionen am 11. Mai 2014 ein Referendum über die staatliche Selbstbestimmung stattgefunden habe. In der Folge seien mehr als 100.000 Zivilisten auf das Gebiet der Russischen Föderation geflohen.

Diese Behauptungen werden alle nicht näher erläutert oder belegt. Es wird deutlich, dass im Verfahren eigentlich die ukrainische Führung angeklagt wird. Die Behauptungen sind klar voreingenommen, sie geben allein die Sichtweise der Separatisten im Konflikt wieder. Argumente für den Waffeneinsatz durch den ukrainischen Staat werden nicht vorgetragen. Überhaupt wird nicht erwähnt, dass von den Separatisten Gewalt ausgeht. Die Darstellung suggeriert, dass die Bevölkerung einheitlich die Unabhängigkeit möchte und dass dies militärisch niedergeschlagen wird, wobei der ukrainische Staat massiv Zivilisten tötet. Entsprechende Darstellungen verbreitet das russische staatliche Fernsehen.

Erst nach dieser Einleitung wird Sawtschenkos Beteiligung an diesem Einsatz diskutiert. Auch für die Beteiligung Sawtschenkos an den Verbrechen des ukrainischen Staates braucht das Ermittlungskomitee keine

konkreten Beweise. Weder für die Zurechnung des Todes der Journalisten zu Handlungen der Angeklagten noch für den Tötungswillen aus politischem Hass werden Beweise vorgetragen. Entgegenstehende Aussagen der Angeklagten werden ignoriert. Die Variante, dass der Tod der Journalisten nicht beabsichtigt war oder von Dritten verantwortet wird, steht nicht zur Debatte.

Insofern ist der große Kritikpunkt am Verfahren, dass die Anklage ihre Version der Geschichte nicht belegt und nach Auskunft der Verteidigung Beweise für die Unschuld ebenfalls nicht berücksichtigt werden. Darüber hinaus rügt die Verteidigung zahlreiche Verfahrensverstöße.

Die Haft

Problematisch ist vor allem, dass auch das Gericht, das über die Untersuchungshaft entschieden hat, die Argumente der Verteidigung bisher nicht beachtet hat, sondern deutlich der kaum belegten Anklage gefolgt ist.

Dies alles widerspricht der vom Gesetz verlangten Waffengleichheit der Parteien im Strafverfahren.

Die fehlende Waffengleichheit, aber auch die Bedeutung des Falls als Teil einer Medienkampagne wurden auch deutlich, als der Sprecher des Ermittlungskomitees, Vladimir Markin, am 25. Juli 2014 im Sender LifeNews seine Version der Geschichte präsentieren durfte, ohne dass gleichwertig die Angeklagte zu Wort kam. Dieses Interview zeigt, dass das Verfahren bewusst in die Öffentlichkeit getragen werden soll.

Es fehlen nicht nur Beweise für die konkrete Tat, sondern auch für eine rechtmäßige Verhaftung auf dem Gebiet der Russischen Föderation. Diese reguläre Verhaftung in Russland nach einem freiwilligen Grenzübergang Sawtschenkos ist Voraussetzung für einen regulären Strafprozess, wie er gegenwärtig stattfindet. Anderenfalls würde noch mehr dafür sprechen, dass Sawtschenko als Kriegsgefangene zu behandeln ist. Allerdings gibt es keinerlei Beweise für einen freiwilligen Grenzübergang. Vielmehr erscheint die Vorstellung, dass Sawtschenko von den Separatisten freigelassen oder aus deren Händen befreit wurde und dann aus eigenem Antrieb nach Russland eingereist ist, kaum nachvollziehbar. Es gibt keinerlei Anhaltspunkte, die sie als Mitglied der ukrainischen Streitkräfte zu einer Flucht nach Russland motiviert haben könnten.

Seit Juli 2014 sitzt Nadija Sawtschenko nunmehr in Untersuchungshaft. Das Haftgericht verlängert die Untersuchungshaft regelmäßig. Aufgrund der »besonders brutalen Art des Verbrechens« wurden in der Folge von den Behörden »Zweifel an der geistigen Gesundheit« Sawtschenkos vorgetragen und sie wurde zwangsweise im berüchtigten Serbski-Institut in Moskau untersucht, das bekannt dafür ist, dass hier in sowjetischen Zeiten zahlreiche Dissidenten für geisteskrank erklärt wurden.

Während des Verfahrens wurde noch in einem weiteren Punkt Anklage erhoben. Zusätzlich angeklagt wurde der illegale Grenzübertritt. Seit dem 22. Dezember 2014 befindet sich Sawtschenko aus Protest gegen das Vorgehen der russischen Justiz im Hungerstreik.

Völkerrechtliche Immunität

Eine neue Wendung nahm der Fall, als Sawtschenko für die ukrainischen Parlamentswahlen im Herbst 2014 als Kandidatin der Partei Vaterland auf Listenplatz 1 aufgestellt und gewählt wurde. Als neugewählte Abgeordnete wurde sie anschließend vom ukrainischen Parlament als ukrainische Vertreterin in die Parlamentarische Versammlung des Europarats entsandt.

Dies hat zur Folge, dass ihr nunmehr grundsätzlich völkerrechtliche Immunität zukommt. Dieses Vorgehen kann nicht automatisch als Rechtsmissbrauch kritisiert werden. So ist der demokratische Wille des ukrainischen Volkes zu respektieren, das wissentlich eine Kandidatin gewählt hat, die im Ausland in Untersuchungshaft sitzt.

Die Immunität der Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung ist zum einen funktionell, sie schützt sie in Ausübung ihrer Funktionen als Abgeordnete. Dies ergibt sich aus Art. 40 der Satzung des Europarats, Art. 13ff. des Allgemeinen Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates (ETS Nr. 2, 1949) und Art. 3 des Zusatzprotokolls zum Allgemeinen Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates (ETS. Nr. 10, 1952). Nach Art. 40 der Satzung des Europarats genießen die Vertreter der Mitgliedstaaten »in den Gebieten der Mitgliedstaaten die für die Ausübung ihrer Amtstätigkeit erforderlichen Immunitäten und Privilegien«. Insbesondere können sie »auf Grund dieser Immunität innerhalb der Hoheitsgebiete aller Mitgliedstaaten weder verhaftet noch strafrechtlich belangt werden.« Dies bezieht sich aber nicht auf jedwede Handlung, sondern allein auf Handlungen im Zusammenhang mit der Ausübung des Mandats, also auf »im Laufe der Verhandlungen in der Versammlung, in ihren Komitees oder Ausschüssen geäußerte Meinungen oder abgegebene Stimmen«. Abgeordnete sollen nicht für die Tätigkeit im Europarat bestraft werden.

Darüber hinaus ist aber in Art. 15 b der grundlegenden Vereinbarung über Privilegien und Befreiungen geregelt, dass die Mitglieder der Versammlung *während der Sitzungsphase* auf dem Gebiet der Mitgliedstaaten von Haft und Strafverfolgung befreit sind. Diese Immunität beginnt mit der Ausübung des Amtes, bezieht sich aber auch auf Taten, die vor der Amtszeit liegen.

In diesem Sinne hat die Parlamentarische Versammlung am 28. Januar 2015 in der Resolution 2034 (2015) Sawtschenko die völkerrechtliche Immunität zugesprochen und gleichzeitig ihre Freilassung gefordert:

“The Assembly expresses serious concern about the imprisonment and indictment by the Russian Federation of Ms Nadiia Savchenko, who is now a member of the Assembly. The Assembly considers her transfer by Ukrainian insurgents to the Russian Federation and subsequent imprisonment by the Russian authorities to be in violation of international law amounting to her *de facto* kidnapping. It demands that the Russian Federation respects its obligations under international law, as a Party to the General Agreement on Privileges and Immunities and its Protocol, according to which Ms Nadiia Savchenko, as a member of the Parliamentary Assembly, enjoys European parliamentary immunity. The Assembly calls upon the Russian authorities to release Ms Savchenko within 24 hours and to ensure her return to Ukraine or hand her over to a third country.”

Die Vereinbarung wurde von der Russischen Föderation im Rahmen des Beitritts zum Europarat am 23. Februar 1996 ratifiziert. Nach der russischen Verfassung ist die Regelung damit auch Teil des russischen Rechts und für die Staatsorgane bindend. Allerdings könnte Russland die Aufhebung der Immunität beantragen. Gleichwohl lehnt die Russische Föderation, deren Vertreter zuvor von der Teilnahme an der parlamentarischen Versammlung suspendiert worden waren, eine Freilassung ab.

Minsker Abkommen

Darüber hinaus wurde von ukrainischer Seite versucht, eine Freilassung im Rahmen der Minsker Vereinbarungen zu erzielen. Die Minsker Protokolle regeln nicht nur, dass die Verfolgung und Bestrafung von Personen in Verbindung mit den Ereignissen, die in einzelnen Kreisen der Donezker und Luhansker Oblaste stattfanden, durch Gesetz verboten werden sollen. Nr. 6 des II. Minsker Protokolls regelt auch die Freilassung und den Austausch »aller Geiseln und gesetzeswidrig festgehaltenen Personen« auf der Basis des Prinzips »aller gegen alle«.

Im Hinblick auf Nr. 6 hat die ukrainische Seite eine ganze Reihe von ukrainischen Staatsbürgern vor Augen, die gegenwärtig im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Ostukraine und auf der Krim strafrechtlich verfolgt werden. Dies betrifft vor allem die russischen Verfahren gegen die Ukrainer Oleh Senzow, Oleksandr Koltschenko, Hennadij Afanasjew und Oleksij Tschirnij, die gegen die Annexion der Krim protestiert hatten, in Russland.

Die russische Seite fühlt sich allerdings durch die Minsker Vereinbarungen nicht zur Freilassung Sawtschenkos verpflichtet. Tatsächlich sind die Minsker Protokolle im Hinblick auf den Fall äußerst unbe-

stimmt. Nicht ausdrücklich geregelt ist, wieweit das Protokoll Russland überhaupt bindet. Letztlich wird es aber keine gemeinsame Verständigung über die Frage geben, wer Geisel ist und wer gesetzwidrig festgehalten ist.

Kriegsgefangenen-Status

Wäre anerkannt, dass es sich bei den Kampfhandlungen in der Ostukraine um einen internationalen Konflikt zwischen Russland und der Ukraine handelt, wäre Sawtschenko unzweifelhaft eine Kriegsgefangene. Dies hätte weitreichende Folgen für das Verfahren. Eine reguläre Strafverfolgung wäre nach dem III. Genfer Abkommen nicht zulässig.

Das Abkommen will verhindern, dass nach Kriegshandlungen nur die Soldaten einer Seite, die Kriegsgefangenen, abgeurteilt werden. Es fordert, dass für die Kriegsgefangenen von den Militärbehörden und den Gerichten des Gewahrsamsstaates nur solche Strafen verhängt werden können, die bei den gleichen Tatbeständen für die Angehörigen der bewaffneten Kräfte dieses Staates vorgesehen sind. Im vorliegenden Fall wäre indes nicht ausgeschlossen, dass Kriegsgefangene grundsätzlich für den Mord an Zivilisten bestraft würden (sofern aber natürlich entsprechende Beweise vorliegen), wenn auch die eigenen Soldaten entsprechend verfolgt würden. Russland müsste auch die Anschläge auf Zivilisten durch die Separatisten strafrechtlich verfolgen.

Darüber hinaus würden zahlreiche weitere prozedurale Garantien greifen. Unter anderem sagt Art. 103, dass die gerichtlichen Untersuchungen gegen Kriegsgefangene so rasch durchzuführen sind, wie die Umstände es gestatten, und zwar so, dass die Gerichtsverhandlung möglichst frühzeitig stattfinden kann. Ein Kriegsgefangener darf nur dann in Untersuchungshaft gehalten werden, wenn diese Maßnahme bei gleichen Vergehen auch für die Angehörigen der bewaffneten Kräfte des Gewahrsamsstaates vorgesehen ist oder wenn es die nationale Sicherheit verlangt. Die Untersuchungshaft darf auf keinen Fall länger als drei Monate dauern. Diese Vorschrift wäre klar verletzt.

Außerdem müssen Kriegsgefangene vor ein Militärgericht gestellt werden.

Allerdings bestreitet Russland, Konfliktpartei zu sein. Der Kriegsgefangenenstatus könnte aber auch dann gegeben sein, wenn anerkannt wäre, dass

Sawtschenko von den Separatisten als Konfliktpartei direkt an die russischen Behörden übergeben worden wäre, wie Sawtschenko behauptet. Insofern argumentiert die Verteidigung, dass ihr der Status einer Kriegsgefangenen zusteht. Da sie im Rahmen einer militärischen Operation zur Evakuierung von Verwundeten in Uniform von den Separatisten gefangen genommen worden war, sei sie nach Art. 4 des III. Genfer Abkommens als Kriegsgefangene einzustufen, hat ihr Verteidiger, Mark Fejgin, argumentiert.

Die russischen Behörden haben es konsequent abgelehnt, Sawtschenko als Kriegsgefangene anzuerkennen. Dies wird damit begründet, dass Russland nicht Kriegspartei sei und dass Sawtschenko nicht durch die Separatisten (als mögliche Kriegspartei), sondern auf russischem Boden durch russische Behörden verhaftet wurde. Auch hier steht und fällt das Verfahren mit der Beweisfrage.

Fazit

Ein gerichtliches Urteil im Verfahren steht noch aus. Allerdings zeigt das Verfahren bereits mehrere Dinge: Der Fall ist einerseits ein erneuter Beweis für die Instrumentalisierung der russischen Justiz durch die Politik. Die Anklage ist deutlich voreingenommen und soll offensichtlich dazu dienen, die ukrainische Führung in der russischen Öffentlichkeit zu kriminalisieren. Die Nicht-Anerkennung der Immunität verletzt das Völkerrecht.

Das Verfahren zeigt aber auch, welche völkerrechtlichen Probleme durch die Leugnung Russlands entstehen, Konfliktpartei zu sein. Wäre anerkannt, dass es sich bei den Kämpfen in der Ostukraine um einen zwischenstaatlichen Konflikt zwischen der Ukraine und Russland handelt, wäre ein solches Verfahren in vielen Punkten völkerrechtswidrig. Bereits der Streit darüber, ob Russland Konfliktpartei ist, legt nahe, dass über Schuld und Unschuld nicht vor einem russischen Gericht, sondern nur vor einem internationalen Gericht entschieden werden kann.

Sawtschenko hat bereits im Sommer Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingelegt. Er wird feststellen müssen, dass die Inhaftierung haftrechtswidrig und das Verfahren unfair verlaufen ist (Art. 5,6 EMRK).

Über die Autorin:

Prof. Dr. Caroline von Gall ist Juniorprofessorin am Institut für Osteuropäisches Recht der Universität zu Köln.

Für die Analyse wurden die offiziellen Dokumente herangezogen, die von dem Verteidiger Sawtschenkos, Mark Fejgin, sowie von Memorial im Internet veröffentlicht wurden. Zahlreiche Informationen zu dem Verfahren finden sich auch auf der Internetseite der Charkiver Menschenrechtsgruppe.

Internationale Positionen zum Fall Sawtschenko

Ukraine:

Statement of Ukraine's Foreign Ministry on Russia's Violation of Nadiya Savchenko's Rights (10.02.2015)

The Ministry of Foreign Affairs of Ukraine expresses its resolute protest over the decision of the Basmany District Court of Moscow, the Russian Federation, of February 10, to extend the detention for Ukraine's Member of Parliament, Member of Ukraine's PACE Delegation Nadiya Savchenko.

The Court has taken into account neither evidence compiled by the defense, proving noninvolvement of the Ukraine's citizen in incriminated deeds, nor the petition to change preventive measure for N.Savchenko submitted along with guarantees of Ukraine's Embassy in Russia and Ukraine's Parliament Commissioner for Human Rights, nor a considerable deterioration of health of N.Savchenko.

Moreover, the Russian authorities have ignored PACE call to immediately free N.Savchenko as a person enjoying diplomatic immunity of PACE Member, thus, violating its obligations as a Council of Europe member and a party to a number of international conventions.

In this regard, the Ministry of Foreign Affairs of Ukraine emphasizes that Russia bears the entire responsibility for the life and health of Nadiya Savchenko who has been on a hunger strike for 60 days already to protest against her illegal taking out to Russia's territory and detention.

We demand that the Russian Federation immediately free Nadiya Savchenko and all other Russia-held political prisoners – citizens of Ukraine.

We call upon the international community to strengthen political and diplomatic pressure upon the Russian Federation to free all Ukrainian citizens who continue to be illegally detained in the territory of Russia.

Quelle: <<http://mfa.gov.ua/en/press-center/comments/2909-zajava-mzs-ukrajini-shodo-porushennya-rosijeju-prav-nadiji-savchenko>>

Article of Batkivshchyna faction leader Yulia Tymoshenko in HUFFPOST BUSINESS "Can Minsk 2.0 Save Ukraine?" (24.02.2014)

(...) "Now, after a year of savagery, sabotage, and mendacity on a scale unseen since Nazi rule in Europe, the leaders of France, Germany, Russia and Ukraine have agreed on a new roadmap to peace for our country. I must hope against hope that the agreement reached in Minsk, unlike the accord signed there in September 2014, succeeds. The people of Donbas, still bombarded and besieged by Russian troops and their local accomplices, deserve a return to normalcy.

Equally important, our prisoners of war and hostages deserve to be returned to their families. An early test of the extent of the Kremlin's commitment to the Minsk agreement should be whether it frees Nadiya Savchenko, Ukraine's first woman fighter pilot. Savchenko has been on a hunger strike in Russia for more than two months to protest her patently illegal incarceration on charges even more ludicrous than those for which I was imprisoned." (...)

Quelle: <<http://www2.tymoshenko.ua/en/news-en/can-minsk-2-0-save-ukraine/>>

Europarat:

PACE President asks for help in securing Ukrainian pilot Nadiya Savchenko's release (21.01.2015)

Anne Brasseur, the President of the Parliamentary Assembly of the Council of Europe, has asked Russian Duma Speaker Sergey Naryshkin for his assistance in securing the urgent release of detained Ukrainian pilot Nadiya Savchenko "in time to allow her to be present for the opening of the January part-session of the Assembly on Monday 26 January" as a member of the Ukrainian delegation.

In a letter to Mr Naryshkin, sent yesterday, the President said Ms Savchenko's health had become critical following her hunger strike, and pointed out that the Minsk Protocol agreed by Russia and Ukraine foresees "the immediate release of all hostages and illegally held persons".

"I therefore kindly ask you to take measures with your authorities to secure her urgent release under the Minsk Protocol or on humanitarian or other grounds," the President wrote.

She pointed out that the pilot had been elected to the Ukrainian parliament, the Verkhovna Rada, and is in addition a member of the Ukrainian delegation to the Assembly.

"This is an issue which will continue to poison relations between Russia and Ukraine and put the life of a young woman at risk, unless it is resolved rapidly," the President concluded.

Quelle: <<http://www.assembly.coe.int/nw/xml/News/News-View-EN.asp?newsid=5378&lang=2&cat=15>>

EU Parlament:

European Parliament resolution of 15 January 2015 on the situation in Ukraine (2014/2965(RSP))

(...) "7. Calls for the continuation of the current EU sanctions regime, in particular with a view to the upcoming March 2015 Council meeting, as long as Russia does not fully respect and, above all, deliver on its Minsk obligations, and urges the Commission to find ways to enhance solidarity among Member States should the crisis with Russia continue; stresses the need to adopt a clear set of benchmarks which, when achieved, could prevent imposing new restrictive measures against Russia or lead to lifting of the previous ones, including: implementation of the ceasefire, unconditional withdrawal from Ukraine of all Russian troops and Russian-backed illegal armed groups and mercenaries, exchange of all prisoners including Nadia Savchenko, and restoration of Ukraine's control over its whole territory, including Crimea; in the case of any further Russian actions destabilising Ukraine, invites the European Council to take up further restrictive measures and broaden their scope, by covering the nuclear sector and by limiting the ability of Russian entities to conduct international financial transactions; recognises that the EU must be ready to support bordering Member States, which should be given the same level of security as all Member States;" (...)

Quelle: <<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&language=EN&reference=P8-TA-2015-0011>>

UNO:

Despite announced ceasefire, UN confirms fighting still heavy in eastern Ukraine (20.02.2015)

While the 15 February ceasefire has led to a decrease in hostilities in east Ukraine, the United Nations human rights office today expressed deep worry over the fate of civilians and Ukrainian servicemen in the Debaltseve area, where heavy fighting has continued as a result of repeated breaches of the truce.

"It is unclear how many civilians are trapped while fighting rages in the town, how many have been wounded or killed, and whether they now have access to medical and other basic services," UN Office of the High Commissioner for Human Rights (OHCHR) spokesperson Rupert Colville told reporters in Geneva today.

"We deeply regret also that OSCE [Organization for Security and Cooperation in Europe] monitors were not, and still have not been, allowed access to this area. We are also concerned about the resumed shelling of populated areas, in the cities of Donetsk and Mariupol in particular," he added.

Mr. Colville it is crucial that the ceasefire is respected and the fighting stops, especially in built-up areas, and that the Minsk Agreements are fully implemented.

The death toll since the beginning of the conflict in mid-April 2014 has now risen to at least 5,692 as of Wednesday, 18 February. At least 14,122 people have also been wounded in the east of Ukraine. However, this is a "conservative estimate" and the actual numbers may be considerably higher, Mr. Colville said.

"A further increase in the number of recorded casualties is expected in the coming days because reporting on casualties during the pre-ceasefire period, and especially in recent days in Debaltseve, has been considerably delayed."

He added that the condition of captured Ukrainian pilot Nadiia Savchenko, who has been detained in Moscow since July last year, is also worrying. Today is the 70th day of her hunger strike. And according to her lawyer, she decided to refuse glucose injections which were being given to her. Mr. Colville called on the Russian authorities to release her immediately.

Quelle: <<http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=50136#.VOdwCS4YH7A>>

Russland:

News conference of Vladimir Putin (18.12.2014)

(...)

"ROMAN TSYMBALYUK: The number one on the list of Yulia Tymoshenko's party, Batkivshchyna, is currently in a Russian prison. I have a question: On what conditions will you release Ukrainian pilot Savchenko, Ukrainian film director Oleg Sentsov and at least 30 Ukrainian prisoners of war whom you are keeping in various prisons in Russia? Thank you.

VLADIMIR PUTIN: Let's begin with the second question, and then I will certainly answer your first question.

The question about Ukrainian citizen Savchenko and the conditions for her release. I have an open and, as far as I can see, a clear position on this issue. You can see in this audience the colleagues of our journalists – they are also

your colleagues – who have died in the line of duty in southeast Ukraine. I want to stress that they did not take part in fighting for any of the sides, and they were unarmed. It is the duty of all state agencies, including the military ones, to protect their lives and health and to give them an opportunity to do their professional duty which is to provide objective and full information, at least as they see it. It is a fact that has been recognised in the civilised world. They have been killed. According to our law enforcement agencies, Ms Savchenko called in artillery fire via radio. If it is reliably established during the pretrial investigation and the subsequent trial that she was not involved and is not guilty, she will be released immediately. But if they prove that she was indeed involved in the journalists' murder, a Russian court will issue a proper ruling, as I see it, and she will serve her sentence in accordance with the verdict. However, no one has the right to hold anyone guilty of a crime on account. I mean that Russian legislation includes the presumption of innocence. So we'll see how the pretrial investigation proceeds, and what conclusions the Russian court will make.

As for the other servicemen you have mentioned, we don't consider them prisoners of war. They are in detention in Russia, and they are being investigated on suspicion of involvement in terrorist activity. This is all I can say on your second question.

Now to the first question, about responsibility. In Russia, like in any other presidential republic, it is the president who is responsible for everything. And responsibility for military personnel rests with the Commander-in-Chief. Let me remind you that in Russia this is one and the same person.

All those who are following their heart and are fulfilling their duty by voluntarily taking part in hostilities, including in southeast Ukraine, are not mercenaries, since they are not paid for what they do.

Russian public opinion holds that what is now happening in southeast Ukraine is actually a punitive operation, but it is conducted by the Kiev authorities and not the other way around. The self-defence fighters of the southeast were not the ones who sent troops to Kiev. On the contrary, the Kiev authorities amassed their military forces in the southeast of Ukraine, and are using multiple rocket launchers, artillery and fighter jets.

What is the problem here and how it can be solved? I'll try to answer this question as well. The problem is that after the government coup (and no matter how others call it and what is being said in this respect, a government coup was carried out in Kiev by military means) part of the country did not agree with these developments.

Instead of at least trying to engage in dialogue with them, Kiev started by sending law enforcers, the police force, but when that didn't work out, they sent in the army, and since that didn't work out either, they are now trying to settle the issue by using other forceful methods, the economic blockade.

I believe that this path has absolutely no future whatsoever and is detrimental to Ukraine's statehood and its people. I hope that by engaging in dialogue – and we are ready to assume the role of intermediaries in this respect – we will succeed in establishing a direct, political dialogue, and by employing such methods and political instruments we will reach a settlement and restore a single political space". (...)

Quelle: <<http://eng.kremlin.ru/transcripts/23406>>

Comment by the Information and Press Department on a Ukraine related statement by spokesperson for the UN High Commissioner for Human Rights (24.02.2015)

The Foreign Ministry has become aware of certain statements made by Rupert Colville, an official spokesperson for the UN High Commissioner for Human Rights at a briefing in Geneva.

Following the nonobjective and biased stance of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights (OHCHR) on the Ukrainian issue, Rupert Colville made an attempt to place responsibility for the breach of the ceasefire entirely on the self-defence forces of southeastern Ukraine. Meanwhile, the shelling of residential areas in Donetsk and other cities was described as if it occurs of its own accord and the Ukrainian armed forces have nothing to do with it. Such a lopsided approach can hardly assist in fulfilling the Minsk agreements, which, we assume, the OHCHR is concerned about.

Moreover, the UN official allowed himself to urge the Russian government to immediately release Ukrainian pilot Nadezhda Savchenko for humanitarian reasons.

As a reminder, Nadezhda Savchenko is charged with a grave crime, complicity in the murder of Russian journalists. The European Court of Human Rights refused to apply Rule 39 of the Rules of Court to this case, which confirms that the detention of the Ukrainian national is justified and legitimate.

We consider this statement a presumptuous and straightforward attempt to force justice. It is absolutely unacceptable that a UN executive body would publicly call for a UN member state to breach the supremacy of law and attempts to influence a trial. The official spokesman for the OHCHR literally called for a defendant to be released without

investigation or trial while the same office states that it is imperative to investigate all attacks on journalists and punish the guilty through an efficient intrastate system of criminal justice.

We would not like to think that OHCHR staff intentionally distort facts or voice opinions that are so far from reality. We insist that the OHCHR rigorously observes Articles 100 and 101 of the UN Charter, which includes ensuring a high level of staff competence, honesty and impartiality when fulfilling their duties.

Quelle: <http://mid.ru/bdomp/brp_4.nsf/e78a48070f128a7b43256999005bcbb3/d68bb6570d6036d843257df6004a92fd!OpenDocument>

Siehe auch:

Briefing by the official representative of the Russian Ministry of Foreign Affairs, Alexander Lukashevich, 10 July 2014, <http://mid.ru/bdomp/brp_4.nsf/e78a48070f128a7b43256999005bcbb3/170f87e18fe6bc5544257d1600210a01!OpenDocument>

Der Jahresbericht von Amnesty International 2014/15. Länderbericht Ukraine¹

Die Gewalt nach den Protesten in der Hauptstadt Kiew und später in der Ostukraine eskalierte zu einem bewaffneten Konflikt unter russischer Beteiligung. Nach wie vor kam es zu Menschenrechtsverletzungen durch die Polizei, darunter Folter und andere Misshandlungen, sowie zur exzessiven Anwendung von Gewalt bei Demonstrationen. Die dafür Verantwortlichen blieben größtenteils strafflos, und Untersuchungen dieser Vorfälle führten zu keinem Ergebnis. Es gab Entführungen von Einzelpersonen, insbesondere durch pro-russische paramilitärische Kräfte auf der russisch besetzten Halbinsel Krim. Aber auch in den umkämpften Gebieten der Ostukraine kam es zu Entführungen durch beide Konfliktparteien. Beide Seiten waren für Verletzungen des Kriegsrechts verantwortlich. Auf der Krim wurden die russischen Beschränkungen der Rechte auf Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit eingeführt. Pro-ukrainische Aktivisten und Krimtataren gerieten ins Visier paramilitärischer Kräfte und wurden von den De-facto-Behörden verfolgt.

Hintergrund

Nachdem sich die ukrainische Regierung Ende 2013 gegen ein Assoziierungsabkommen mit der EU entschieden hatte, kam es in Kiew zu pro-europäischen Demonstrationen (»Euromaidan«), die am 22. Februar 2014 schließlich zum Sturz von Präsident Wiktor Janukowytsch führten. Die gewaltsame Auflösung einer zunächst friedlichen Demonstration in der Nacht vom 29. auf den 30. November 2013 durch die Polizei führte zu einer zunehmenden Radikalisierung der Demonstrierenden. Protestierende errichteten Zelte auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz Maidan und besetzten mehrere Gebäude. Obwohl die meisten Protestierenden friedlich blieben, eskalierte die Gewalt auf beiden Seiten. Mindestens 85 Demonstrierende und 18 Polizeibeamte starben infolge der Gewalt auf dem Maidan, Hunderte Menschen wurden verletzt.

Nachdem Wiktor Janukowytsch die Ukraine heimlich verlassen hatte und eine Übergangsregierung gebildet worden war, brachen in der vorwiegend russischsprachigen Donbass-Region in der Ostukraine zunehmend gewaltsame Proteste aus. Auf der Krim besetzten bewaffnete paramilitärische Kräfte, die sich als »Selbstverteidigungskräfte« bezeichneten, in der Nacht vom 26. auf den 27. Februar 2014 Verwaltungsgebäude und blockier-

ten gemeinsam mit Angehörigen der regulären russischen Armee Einrichtungen des ukrainischen Militärs auf der gesamten Halbinsel. Am 27. Februar wählte das Parlament der Krim unter Anwesenheit bewaffneter Männer eine neue Führung. Am 16. März wurde ein »Referendum« zum Status der Krim abgehalten. Die Teilnehmer stimmten mit überwältigender Mehrheit für eine Eingliederung in die Russische Föderation, während Gegner die Abstimmung boykottierten. Am 18. März unterzeichnete die De-facto-Führung der Krim in Moskau ein »Abkommen«, das zur Annexion der Halbinsel durch Russland führte.

Bewaffnete Gegner der neuen Regierung in Kiew besetzten bis April 2014 in den ostukrainischen Städten Donezk und Lugansk sowie in einigen kleineren Orten Verwaltungsgebäude, darunter auch Polizei- und Geheimdienstzentralen, und brachten so weite Teile des Donbass faktisch unter ihre Kontrolle. Am 15. April 2014 kündigte die ukrainische Regierung eine »Antiterroroperation« gegen die Separatisten an. Die Situation eskalierte innerhalb kurzer Zeit zu einem bewaffneten Konflikt zwischen Regierungstruppen und bewaffneten Separatistengruppen, die von Russland unterstützt wurden. Die Regierungskräfte erzielten stetige Fortschritte, bis Russland Ende August sein verdecktes Engagement in der Ukraine verstärkte. Bei Verhandlungen in Belarus einigten sich die Konfliktparteien im September auf einen Waffenstillstand. Die Kämpfe gingen jedoch weiter, wenn auch in geringerem Maße. Ende 2014 hatte der Konflikt mehr als 4000 Menschen das Leben gekostet. Nachdem die De-facto-Führung in Donezk und Lugansk am 2. November 2014 »Wahlen« abhielt, zog die Regierung in Kiew ihr Angebot zurück, der Region mehr Autonomie zu gewähren.

Aus den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen am 25. Mai 2014 und den Parlamentswahlen am 26. Oktober gingen pro-europäische Politiker und Parteien als stärkste Kraft hervor. Am 16. September ratifizierten das Europaparlament und das ukrainische Parlament ein Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU. Ende 2014 stand die Zustimmung einiger EU-Mitgliedstaaten jedoch noch aus.

Strafflosigkeit

Polizeikräfte, die für exzessiven Gewalteinsatz sowie für Folter und andere Misshandlungen verantwortlich waren, genossen Straffreiheit. Dieses grundsätzliche Problem wurde im Zusammenhang mit den Demonstrationen auf dem Maidan von November 2013 bis Feb-

¹ Die Redaktion der Ukraine-Analysen dankt Amnesty International (Sektion der Bundesrepublik Deutschland) für die Erlaubnis zum Nachdruck.

ruar 2014 besonders deutlich. Am 30. November 2013 ging die Bereitschaftspolizei erstmals gewaltsam gegen vollkommen friedliche Demonstrierende vor, als diese sich weigerten, ihre Kundgebung aufzulösen. Dabei wurden Dutzende Menschen verletzt und 35 friedliche Demonstrierende wegen »Rowdytums« kurzzeitig inhaftiert. Nach harscher Kritik am Vorgehen der Polizei wurde ein leitender Polizeibeamter in Kiew entlassen. Berichten zufolge leiteten die Behörden gegen ihn und vier weitere Polizisten Strafverfahren ein, die jedoch zu keinem Ergebnis führten. In den folgenden Wochen und Monaten ging die Polizei wiederholt mit unangemessener Gewalt gegen die Maidan-Protteste vor, nahm Personen willkürlich fest und versuchte, Strafverfahren gegen Demonstrierende einzuleiten. Ende Februar wurde mit scharfer Munition geschossen, u. a. von Scharfschützen, es blieb jedoch unklar, wer sie eingesetzt hatte und unter wessen Befehl sie standen. Im November 2014 gab der Leiter des ukrainischen Sicherheitsdienstes (SBU) bekannt, dass 16 ehemalige Angehörige der Bereitschaftspolizei und fünf leitende SBU-Beamte im Zusammenhang mit der Tötung von Protestierenden in Kiew festgenommen worden seien.

Nach dem Sturz von Wiktor Janukowytsch versprach die neue Regierung öffentlich, man werde diejenigen strafrechtlich verfolgen, die für Tötungen und Misshandlungen von Protestierenden auf dem Maidan verantwortlich seien. Doch abgesehen von Anklagen gegen die ehemalige politische Führungsriege wurden so gut wie keine konkreten Schritte unternommen.

Nur zwei Angehörige der Sicherheitskräfte mussten sich vor Gericht für Folter und andere Misshandlungen im Zusammenhang mit den Maidan-Protessen verantworten. Es handelte sich dabei um Rekruten niedrigen Ranges aus einer dem Innenministerium unterstellten Einheit. Sie wurden am 28. Mai 2014 wegen »Überschreitung von Befugnissen oder Vollmachten« (Artikel 365 des Strafgesetzbuchs) zu Bewährungsstrafen von drei bzw. zwei Jahren verurteilt. Gegenstand des Verfahrens war die Misshandlung des Demonstranten Mykhaylo Havryliuk am 22. Januar 2014. Auf einem Video ist zu sehen, dass er bei Minusgraden gezwungen wurde, nackt vor Dutzenden von Sicherheitskräften des Innenministeriums und Angehörigen der Bereitschaftspolizei zu stehen. Viele von ihnen waren aktiv an seiner Demütigung beteiligt, indem sie ihn nötigten, für Fotos zu posieren, bevor er in einen Polizeitransporter gestoßen wurde.

In 20 Fällen exzessiver Polizeigewalt im Zusammenhang mit den Maidan-Protessen, denen Amnesty International nachging, äußerten die Opfer ihre Enttäuschung darüber, dass man ihre Vorwürfe nur schleppend oder überhaupt nicht untersuchte. Außerdem unternahmen die Behörden nicht genug, um die Schuldigen zu

identifizieren, und die Staatsanwaltschaft setzte sich nicht mit den Opfern in Verbindung.

Der Europarat rief im April 2014 ein Internationales Beratergremium für die Ukraine ins Leben, um die Untersuchungen zu den Ereignissen auf dem Maidan zu kontrollieren. Ende 2014 lag noch kein abschließender Bericht des Gremiums vor.

Entführungen, Verschwindenlassen und Tötungen

Während der Proteste in Kiew von Ende 2013 bis Anfang 2014 »verschwanden« mehrere Dutzend Maidan-Aktivisten. Das Schicksal von mehr als 20 Personen war Ende 2014 immer noch nicht bekannt. Doch gab es Hinweise darauf, dass einige von ihnen entführt und misshandelt worden waren. Im Dezember 2014 gab das Büro des Generalstaatsanwalts bekannt, elf Männer, die der Entführung von Aktivisten verdächtigt wurden, seien festgenommen und einige weitere zur Fahndung ausgeschrieben worden. Keiner von ihnen gehörte den Sicherheitskräften an, auch wenn sie mutmaßlich auf Befehl leitender Polizeibeamter gehandelt hatten.

Am 21. Januar 2014 verschwanden Yury Verbytsky und Igor Lutsenko aus einem Krankenhaus. Igor Lutsenko berichtete später, die Entführer hätten ihm die Augen verbunden, ihn geschlagen und ihn bei eisiger Kälte in einem Wald ausgesetzt. Yury Verbytsky wurde tot im Wald aufgefunden. Seine Rippen waren gebrochen und an seinem Kopf fanden sich Reste von Klebeband.

Auf der russisch besetzten Krim und in den von Separatisten kontrollierten Gebieten der Ostukraine waren Entführungen und Misshandlungen von Gefangenen an der Tagesordnung und betrafen Hunderte von Menschen. Besonders gefährdet waren Vertreter lokaler Behörden, pro-ukrainische politische Aktivisten, Journalisten und internationale Beobachter. Am 23. April 2014 räumte der selbst ernannte »Volksbürgermeister« von Slawjansk, Wjatscheslaw Ponomarjow, bei einer Pressekonferenz ein, die Separatisten hätten mehrere Personen als »Verhandlungsmasse« in ihrer Gewalt. Später tauschten die Separatisten und die ukrainischen Behörden einige Hundert Gefangene aus. Andere Personen wurden wegen privater Lösegeldforderungen festgehalten. Der 19-jährige Pro-Kiew-Aktivist Sascha wurde am 12. Juni 2014 in Lugansk von einer bewaffneten Gruppe entführt. Er wurde 24 Stunden lang geschlagen und mit Elektroschocks gefoltert, bevor er freigelassen wurde. Berichten zufolge soll sein Vater ein Lösegeld in Höhe von 60.000 US-Dollar gezahlt haben.

Auch Angehörigen Kiew nahestehender Kräfte, vor allem sogenannter Freiwilligenbataillone, die Seite an

Seite mit regulären ukrainischen Truppen im Donbass kämpften, wurden wiederholt Entführungen vorgenommen. Zwischen Juni und August 2014 wurden in der Region Lugansk mehrere Menschenrechtsverstöße durch das Bataillon Aidar dokumentiert. Dazu zählten Entführungen einheimischer Männer, denen Kollaboration mit den Separatisten vorgeworfen wurde und die in provisorischen Hafteinrichtungen festgehalten wurden, bevor man sie freiließ oder den Sicherheitskräften übergab. In fast allen Fällen wurden die Gefangenen geschlagen. Die Angehörigen des Bataillons beschlagnahmten den Besitz der Gefangenen, darunter Autos und Wertgegenstände, und verlangten Lösegeld für die Freilassung.

Der Parlamentsabgeordnete Oleh Ljaschko veröffentlichte mehrere Videos im Internet, die ihn als Anführer einer Gruppe bewaffneter Männer mit Sturmhauben zeigen. Zu sehen ist, wie Personen, denen Kollaboration mit den Separatisten vorgeworfen wurde, festgenommen, verhört und misshandelt werden. Seine Aktionen zogen keine strafrechtlichen Konsequenzen nach sich. Bei den Wahlen im Oktober 2014 wurde Oleh Ljaschko erneut ins Parlament gewählt, seine Partei trat der Regierungskoalition bei.

Es gab Hinweise darauf, dass beide Konfliktparteien summarische Tötungen verübten. Mehrere Befehlshaber der Separatisten prahlten mit der Tötung von Gefangenen wegen angeblicher Verbrechen, und die De-facto-Führung der Separatisten führte die »Todesstrafe« in ihr »Strafgesetzbuch« ein.

Gewaltsame Zusammenstöße

Vor dem Hintergrund wachsender Spannungen im ganzen Land kam es in mehreren Städten zu Zusammenstößen zwischen Anhängern und Gegnern der Regierung, die auf Wiktor Janukowytsch folgte. Die Polizei versäumte es häufig, einzugreifen und gewaltsame Ausschreitungen zu verhindern.

Am 2. Mai 2014 wurden in Odessa 48 Gegner der Maidan-Proteste getötet und mehr als 200 verletzt. Sie befanden sich in einem brennenden Gebäude, das von Anhängern der Maidan-Proteste im Zuge gewaltsamer Auseinandersetzungen belagert wurde. Die Polizei ergriff keine wirksamen Maßnahmen, um die Gewalt zu verhindern oder einzudämmen. Es wurden mehrere strafrechtliche Verfahren bezüglich des Vorfalls eingeleitet. Im November 2014 begann der Prozess in einem Fall, der mit den Ereignissen in Zusammenhang stand. Angeklagt waren 21 pro-russische Aktivisten, denen Massenkrawalle sowie unerlaubter Einsatz von Schusswaffen und Sprengstoff vorgeworfen wurden. Die offiziellen Untersuchungen waren von Geheimhaltung geprägt, was Befürchtungen aufkommen ließ, sie könnten uneffektiv und parteiisch sein.

Bewaffneter Konflikt

Bis Ende 2014 waren im Zuge des Konflikts in der Ostukraine mehr als 4000 Menschen getötet worden. Zahlreiche Zivilpersonen starben durch wahllosen Beschuss von Wohngebieten, insbesondere durch den Einsatz von ungelenkten Raketen und Mörsergranaten.

Beide Seiten verstießen gegen das Kriegsrecht, weil sie keine angemessenen Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung ergriffen; beide installierten Truppen, Waffenlager und andere militärische Ziele in Wohngebieten. Bei zahlreichen Gelegenheiten nutzten Separatisten bewohnte Gebiete und Wohnhäuser für Gefechtsstände, und Kiew nahestehende Kräfte erwiderten das Feuer und zielten auf diese Stellungen. Es gab keine Anhaltspunkte dafür, dass die Konfliktparteien mutmaßliche Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und mögliche Kriegsverbrechen, die ihre eigene Seite verübte, gründlich untersuchten.

Am 17. Juli 2014 meldeten die Separatisten die Zerstörung eines ukrainischen Militärflugzeugs. Als sich herausstellte, dass ein ziviles Passagierflugzeug der Malaysia Airlines abgeschossen worden war und dabei fast 300 Personen ums Leben gekommen waren, wurde die Meldung zurückgezogen, und beide Seiten machten sich gegenseitig für den Abschuss verantwortlich. Eine internationale Untersuchung des Vorfalls war Ende 2014 noch nicht abgeschlossen.

Vertriebene

Rund 20000 Menschen, die wegen der russischen Besetzung der Krim geflohen waren, erhielten staatliche Hilfen zur Umsiedlung in andere Regionen. Durch den Konflikt in der Ostukraine wurden Schätzungen zufolge fast eine Million Menschen vertrieben. Etwa die Hälfte von ihnen blieb im Land, die übrigen gingen überwiegend nach Russland. Die Binnenvertriebenen in der Ukraine erhielten zumeist eine begrenzte staatliche Unterstützung und waren ansonsten auf eigene Mittel, familiäre Netzwerke und die Hilfe von Freiwilligenorganisationen angewiesen. Im Oktober 2014 wurde ein Gesetz zu Binnenvertriebenen verabschiedet, das ihre Lage jedoch bis zum Jahresende noch nicht merklich verbessert hatte.

Krim

Nach der Annexion der Krim im März 2014 fanden dort russische Gesetze Anwendung, die das Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit unterdrückten. Zivilgesellschaftliche Organisationen mussten ihre Arbeit einstellen, weil sie die rechtlichen Anforderungen Russlands nicht erfüllten. Die einheimische Bevölkerung wurde zu russischen Staatsbürgern erklärt. Wer die ukrainische Staatsbür-

gerschaft behalten wollte, musste die Behörden darüber informieren.

Die selbsternannten paramilitärischen »Selbstverteidigungskräfte« begingen zahlreiche schwerwiegende Menschenrechtsverstöße wie Verschwindenlassen, ohne dafür strafrechtliche Konsequenzen befürchten zu müssen. Der De-facto-Ministerpräsident der Krim, Sergei Aksjonow, erklärte, die paramilitärischen Kräfte hätten zwar keinen offiziellen Status und keine entsprechenden Befugnisse, seine Regierung sei jedoch auf sie angewiesen und würde deshalb über ihre Verstöße »gelegentlich hinwegsehen«.

Es gab zahlreiche Berichte über Entführungen pro-ukrainischer Aktivisten auf der Krim.

Am 9. März 2014 wurden die Maidan-Aktivistinnen Oleksandra Ryazantseva und Kateryna Butko entführt, nachdem sie an einem Kontrollpunkt angehalten worden waren, der Berichten zufolge mit Bereitschaftspolizisten und »Selbstverteidigungskräften« besetzt war, die Schusswaffen und Messer trugen. Sie wurden am 12. März freigelassen.

Am 9. Mai 2014 wurde der bekannte pro-ukrainische Aktivist und Filmregisseur Oleg Sentsov auf der Krim von russischen Sicherheitskräften heimlich festgenommen und gemeinsam mit weiteren Personen rechtswidrig nach Moskau gebracht. Die strafrechtlichen Maßnahmen gegen ihn, die auf haltlosen Terrorismusvorwürfen basierten, fanden im Geheimen statt. Die von ihm vorgebrachten Foltervorwürfe wurden von den Behörden zurückgewiesen.

Die Krimtataren wurden von den De-facto-Behörden besonders ins Visier genommen, wenn sie öffentlich pro-ukrainische Ansichten äußerten. Die ursprünglich auf der Krim beheimatete ethnische Gruppe war 1944 in entlegene Gebiete der Sowjetunion deportiert worden und durfte erst Ende der 1980er Jahre zurückkehren. Von März 2014 an gab es mehrfach Berichte, dass Krimtataren entführt oder verprügelt worden seien. Die Fälle wurden von den De-facto-Behörden jedoch nicht untersucht.

Am 3. März 2014 wurde der Krimtatar Reshat Ametov von drei Männern der »Selbstverteidigungskräfte« abgeführt, als er allein vor dem Gebäude des Ministerrats der Krim in der Regionalhauptstadt Simferopol protestiert hatte. Fast zwei Wochen später wurde seine Leiche gefunden, die Folterspuren aufwies. Seine Entführer wurden nicht ausfindig gemacht.

Die De-facto-Behörden starteten eine Kampagne zur Abschaffung der von der Volksversammlung der Tataren (Kurultai) gewählten Vertretung, des Medschlis, der von den ukrainischen Behörden als repräsentatives Organ der Tataren anerkannt wird.

Mustafa Dzhemiliev, ein langjähriger Menschenrechtsverteidiger und Gründer des Medschlis, wurde mit einem Einreiseverbot für die Krim belegt. Ihm wurde wiederholt die Einreise verweigert, u. a. am 3. Mai 2014, als er über einen Kontrollpunkt bei Armjansk einzureisen versuchte. Hunderte von Krimtataren kamen, um ihn zu sehen. Die De-facto-Behörden erklärten, es handle sich um eine rechtswidrige Versammlung, Dutzende Teilnehmer wurden mit einer Geldbuße belegt. Anschließend wurden die Häuser mehrerer Sprecher der Krimtataren durchsucht. Mindestens vier Krimtataren wurden festgenommen, wegen »Extremismus« angeklagt und zu Ermittlungszwecken nach Russland gebracht.

Am 5. Juli 2014 wurde auch Refat Chubarov, der Nachfolger von Mustafa Dzhemiliev als Vorsitzender des Medschlis, die Rückkehr auf die Krim für fünf Jahre verboten. Der neu ernannte De-facto-Staatsanwalt der Krim reiste zum Grenzübergang und wies ihn darauf hin, dass die Aktivitäten des Medschlis nach dem russischen Gesetz gegen Extremismus nicht erlaubt seien. Am 19. September 2014 konfiszierten die russischen Behörden das Büro des Medschlis mit der Begründung, sein Gründer Mustafa Dzhemiliev sei ein ausländischer Staatsbürger, dem die Einreise nach Russland untersagt worden sei.

Am 16. Mai 2014, nur zwei Tage vor den geplanten Veranstaltungen zum 70. Jahrestag der Deportation der Krimtataren 1944, gab der De-facto-Ministerpräsident der Krim bekannt, dass alle Massenversammlungen auf der Krim bis zum 6. Juni untersagt seien, um »mögliche Provokationen durch Extremisten« sowie eine »Störung der Sommerferiensaison« zu verhindern. Am Jahrestag der Deportation war lediglich eine Gedenkveranstaltung der Krimtataren am Rande von Simferopol erlaubt, die von einem starken Polizeiaufgebot begleitet wurde.

Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern und Intersexuellen

Eine für den 5. Juli 2014 geplante Pride Parade von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern und Intersexuellen in Kiew wurde abgesagt, nachdem die Polizei dem Organisationskomitee mitgeteilt hatte, die Sicherheit der Teilnehmer könne angesichts der zu erwartenden Gegendemonstrationen nicht gewährleistet werden. Der neu gewählte Bürgermeister von Kiew, Witali Klitschko, erklärte am 27. Juni, solche »Unterhaltungsveranstaltungen« seien zu diesem Zeitpunkt in der Ukraine fehl am Platz.

Quelle: <<https://www.amnesty.de/jahresbericht/2015/ukraine>>

Festnahmen von Journalisten in der Ukraine wegen Hochverrats

Ukraine follows Russia in dubious 'State treason' arrests (16.02.2015)

In the last week two Ukrainian journalists have been detained on suspicion of committing 'state treason'. If the detention on Feb 8 of Ivano-Frankivsk blogger Ruslan Kotsaba was clearly unjustified, but the charges seemed to warrant investigation, the new arrest of journalist Andriy Zakharchuk can have no justification in a post-Maidan democratic Ukraine.

A Mykolaiv court remanded Zakharchuk in custody for two months on Feb 12, following his arrest by SBU [Security Service] officers two days earlier. The 25-year-old Ukrainian national is living in St. Petersburg working for the news agency 'Nevskiy novosti', and seemingly also writes for the Russian Federal News Agency [FAN].

The journalist's father Vasyl Zakharchuk told Prestupnosti.net that his son writes about sport, culture and public life in St Petersburg. This can easily be checked and does indeed appear to be the case. Vasyl Zakharchuk explains that FAN was starting up a project covering life in Ukraine and his son's work trip was to gather information about how people live in cities in the South-East of Ukraine. Whatever the federal news agency's plans, the article which Zakharchuk wrote about his visit to Odessa contained nothing suspicious at all.

Nor is it clear what it could contain that would warrant being accused of 'state treason'.

The charges appear to derive from his activities in Mykolaiv. The investigators have found something deeply incriminating in the fact that a journalist should have taken photos of the Inhulsky and some pedestrian bridges; a ship-building factory and the Mykolaiv armoured tank factory. The two factories are part of the state defence industry.

A camera, tablet and laptop were taken away and the prosecutor informs "*that in the journalist's technology correspondence was discovered that confirms that he belongs to a Russian news agency*". It would have been simpler to just ask him.

Most worryingly, the prosecutor's request to remand Zakharchuk in custody began with reference to the parliamentary resolution adopted on Jan 27 which declared Russia to be an aggressor state. The prosecutor then cited Article 65 of Ukraine's Constitution which states that "*Defence of the Motherland, of the independence and territorial indivisibility of Ukraine, and respect for its state symbols, are the duties of citizens of Ukraine. Citizens perform military service in accordance with the law.*"

He then asserted that "*during armed conflict in the east of Ukraine in January 2015 Ukrainian national Andrei Zakharchuk, working for the Russian news agency FAN and Nevskiy Novosti, and in breach of Article 65 of Ukraine's Constitution, and aware that he was in a criminal link with an aggressor state, in order to provide it with assistance in carrying out subversive activity against Ukraine, passed on photographic material for dishonest coverage of events in Ukraine and inciting separatist moods in Ukraine. The said information agencies are propaganda vehicles, that is, they cover events in Ukraine by distorting facts and providing false information.*"

The prosecutor then moves on to the specific photos taken "*in order to pass the information to the Russian Federation aggressor state*".

According to this version, Zakharchuk was passing on photos of the armoured tank factory to a Russian news agency "*for the purpose of propaganda-filled and anti-Ukraine coverage of events in Ukraine, the anti-terrorist operation, including the technical state of the Ukrainian defence complex and the possibilities for countering illegal armed formations in the East of Ukraine, thus posing a threat to Ukraine's national security in the information and military spheres*".

On the basis of the above, the prosecutor concluded that Andrei Zakharchuk was "justifiably suspected of state treason".

Andriy Lokhmatov, writing for Prestupnosti.net, demolishes the 'evidence' presented by the prosecution. He points out that it basically confirms only that Zakharchuk had the technology one might expect a journalist to have, that he works as a journalist in general and that while in Ukraine he was taking photographs. The one fact with marginally more substance is only incriminating at first glance. A photograph similar to one found on Zakharchuk's equipment was used in an overtly propaganda-filled article on FAN about Kharkiv supporters of the Kremlin-backed militants in Donbas. There is no evidence that Zakharchuk had any input in that article or, in fact, any material which was overtly anti-Ukrainian. The article in question was signed by somebody called Sergei Bendin who was interviewing a person in Moscow.

This is the second arrest of a journalist. In the case of Ruslan Kotsaba, his behaviour and utterances were viewed by very many people as being against Ukraine, with some observers therefore believing that the SBU might have other

evidence to justify his detention. There was however concern then about the measures taken, especially since they had followed a video in which he was expressing his opinion, no more, on the subject of mobilization.

The arrest and detention of Andrei Zakharchuk are simply incomprehensible and a very worrying development. Russia may be following in the Soviet traditions of trying people for 'anti-Soviet agitation and propaganda'. Ukraine has taken a different path and even in the face of open Russian aggression, cannot try journalists for 'state treason'.

Quelle: Halya Coynash, Kharkiv Human Rights Protection Group, <<http://khpg.org/en/index.php?id=1423918032>>

Ukrainian blogger to remain in detention on dubious 'treason' charges (17.02.2015)

The Ivano-Frankivsk regional court of appeal on Feb 14 upheld a ruling which has provoked serious criticism from human rights organizations, including Amnesty International. It confirmed the two-month detention order on Ruslan Kotsaba, an Ivano-Frankivsk blogger who is accused of state treason and obstructing the work of the Ukrainian armed forces.

According to the web publication Firtka, Kotsaba's lawyer had argued that there were no grounds in thinking that his client would leave for the self-proclaimed 'Donetsk or Luhansk people's republics', and that the investigation had been carried out superficially. An independent assessment should be made, he asserted, of material on various Russian government-controlled media, as well as the Ukrainian TV 112, which the lawyer says do not contain calls which would back the charges against Kotsaba.

As reported, Kotsaba was detained by the SBU [Ukrainian Security Service] on Feb 7. He is suspected of crimes falling under Article 111 § 1 (state treason) and Article 114-1 § 1 (obstructing the lawful activities of the Armed Forces and other military formations).

The SBU asserts that during the search of Kotsaba's home, incriminating material which could fall under the above-mentioned articles, was removed.

Detention was sought on the grounds that the charges did not envisage a less serious restraint measure.

Whatever other material was found, the charges appear linked with a video address to President Petro Poroshenko he recorded on Jan 17 in which he called on Ukrainians to reject mobilization since Ukraine has not declared martial law. He says that he "*would rather serve a sentence in prison than go to a civil war, to kill or help kill my compatriots who live in the East. Even if they think differently or believe that the Kyiv government does not deserve their subordination.*"

He asserts that "*there are almost no regular Russian forces in Donbas*" and that it is local guys who are killing other local guys.

The latter assertions are at odds with evidence from Ukraine, Russia, US and NATO satellite images and reports, and much more. Very many Ukrainians find Kotsaba's views and the effective help he is providing the Russian propaganda machine morally objectionable. This does not make him guilty of treason.

One sad irony about this case is that a video against mobilization which had probably been watched by a very small number of people has now been watched by nearly 387 thousand viewers on YouTube.

The arrest has given one blogger with views many find objectionable major publicity and brought the Ukrainian authorities in for considerable criticism.

Amnesty International in Ukraine went so far as to call Kotsaba a prisoner of conscience in a text entitled "Prosecution for a civic position on the conflict in Ukraine is unacceptable". This appears to have been a statement issued only by the Ukrainian chapter of AI.

Many Ukrainian human rights activists and journalists, such as Volodymyr Yavorsky, and the Independent Media Union have also criticised the move.

Quelle: Halya Coynash, Kharkiv Human Rights Protection Group, <<http://khpg.org/en/index.php?id=1424091914>>

9. – 22. Februar 2015

09.02.2015	Die Außenminister der EU erweitern die Sanktionen gegen Russland im Kontext des Krieges in der Ostukraine. 19 weitere Personen werden mit Visa- und Kontensperren belegt. Die Konten von neun weiteren Firmen in der EU werden eingefroren. Die Sanktionen sollen am 16. Februar 2015 in Kraft treten.
09.02.2015	Das Internetportal zn.ua berichtet von einem geleakten Dokument, aus dem geplante Waffeneinkäufe des Staates für das Jahr 2015 hervorgehen sollen. Das Budget habe sich im Vergleich zum Vorjahr um das Sechsfache erhöht.
10.02.2015	Der ehemalige Kommandeur des Freiwilligenbataillons »Aidar«, Serhij Melnitschuk, erklärt, er habe den Feuerbefehl gegeben, der zum Tod der beiden russischen Journalisten am 17. Juni 2014 geführt hatte. Der Angriff habe nicht den Journalisten gegolten. Ein russisches Gericht wirft stattdessen der ukrainischen Kampfpilotin Nadija Sawtschenko vor, den Angriff koordiniert zu haben. Sawtschenko sitzt zurzeit in Russland in Untersuchungshaft.
10.02.2015	Im Parlament wird keine Mehrheit für ein Gesetz zur Neuregelung von Entscheidungsmechanismen in Aktiengesellschaften erreicht. Das Gesetz sollte das Quorum für die Einberufung einer Aktionärsversammlung von derzeit 60%+1 auf 50%+1 des Aktienbesitzes absenken. Eine solche Veränderung hätte es dem Staat ermöglicht, eine Aktionärsversammlung des Energiekonzerns Ukrnafta einzuberufen, um dort die Ausschüttung von Dividenden an den Staat durchzusetzen. Der Oligarch Ihor Kolomojskij besitzt zurzeit 42% der Anteile an dem Konzern und kann so nach geltender Rechtslage eine Einberufung der Aktionäre blockieren.
10.02.2015	Das Parlament entlässt formell den Generalstaatsanwalt Witalij Jarema und ernennt an seiner Stelle Wiktor Schokin zum Generalstaatsanwalt. Jarema hatte zuvor sein Amt niedergelegt, nachdem ihm im Parlament wiederholt Ineffizienz vorgeworfen worden war.
10.02.2015	Einen Tag vor dem Krisentreffen in Minsk erklärt der Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates, Oleksandr Turtshinow, dass Truppen der »Anti-Terror-Operation« signifikante Geländegewinne erzielt hätten.
10.02.2015	Die Vereinten Nationen berichten, dass in der vergangenen Woche bei den erneut intensivierten Kämpfen in der Ostukraine 263 Zivilisten getötet und 674 verletzt worden seien.
10.02.2015	Ein Moskauer Gericht verlängert die Untersuchungshaft der ukrainischen Kampfpilotin Nadija Sawtschenko bis Mai 2015.
11.02.2015	Die Beobachtermision der OSZE berichtet über den Beschuss der Stadt Kramatorsk, in der sich das Hauptquartier der »Anti-Terror-Operation« der ukrainischen Armee befindet. Am 10. Februar 2015 waren dort mehrere Raketen eingeschlagen, 16 Menschen waren ums Leben gekommen. Der Beschuss kam laut OSZE aus südlichen bis südöstlichen Richtungen. Das dortige Territorium wird von Separatisten kontrolliert.
11.02.2015	Verteidigungsminister Stepan Poltorak dementiert Berichte, nach denen ukrainische Truppen in der Stadt Debalzewe eingeschlossen seien. Das von der ukrainischen Armee kontrollierte Debalzewe liegt zwischen Donezk und Luhansk und bildet einen strategisch wichtigen Verkehrsknotenpunkt.
11.02.2015	Präsident Petro Poroschenko kündigt an, im ganzen Land den Kriegszustand zu verhängen, wenn es auf dem für den heutigen Tag angesetzten Krisentreffen in Minsk nicht gelinge, den »Aggressor mit diplomatischen Mitteln zu stoppen«.
11.02.2015	Separatisten der »Volkrepubliken« von Luhansk und Donezk senden ein Dokument an die trilaterale Kontaktgruppe in Minsk, in dem sie einen 15-Punkte-Katalog mit Vorschlägen und Forderungen präsentieren. Unter anderem solle ein Waffenstillstand am 12. Februar 2015 in Kraft treten, schwere Waffen abgezogen und die »Anti-Terror-Operation« bis zum 23. Februar 2015 beendet werden. Außerdem sollten alle ausländischen Soldaten abgezogen, eine umfassende Dezentralisierung durchgeführt und Regionalwahlen in den von den Separatisten kontrollierten Gebieten abgehalten werden.
11.02.2015	Der Oberbefehlshaber der NATO-Truppen in Europa, Ben Hodges, wirft Russland vor, direkt an den Kämpfen um Debalzewe beteiligt zu sein. Nach den eingesetzten Waffen und der Stärke der separatistischen Truppen zu urteilen, sei eine russische Beteiligung offensichtlich.
11.02.2015	In Minsk beginnt am Abend das Krisentreffen zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und den Präsidenten der Ukraine, Russlands und Frankreichs.

12.02.2015	Am Morgen gibt zunächst der russische Präsident Wladimir Putin, später geben auch die Präsidenten der Ukraine und Frankreichs sowie Bundeskanzlerin Angela Merkel bekannt, dass die Parteien unter Beteiligung von Vertretern der »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk ein Dokument zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen vom September 2014 unterzeichnet haben. Die vereinbarten Maßnahmen sind: 1) Ein umfassender Waffenstillstand ab dem 15. Februar 2015, 00:00 Uhr sowie die Kontrolle der Vereinbarungen durch die OSZE, 2) der Abzug schwerer Waffen um (je nach Waffentyp) 50 bis 70 km hinter die Frontlinie (für die Ukraine gilt dabei die momentane Frontlinie, für die Separatisten die am 19. September 2014 vereinbarte Demarkationslinie), 3) der Beginn eines Dialogs zur Durchführung regionaler Wahlen nach Abzug der schweren Waffen und ein Parlamentsbeschluss zur lokalen Selbstverwaltung der betroffenen Regionen innerhalb von 30 Tagen, 4) eine gesetzliche Amnestie für die Separatisten, 5) ein Gefangenenaustausch nach dem Prinzip »alle gegen alle« spätestens fünf Tage nach dem Abzug der schweren Waffen, 6) die Wiederherstellung der sozialen und wirtschaftlichen Verbindungen von Donezk und Luhansk mit Kiew einschließlich der Auszahlung von Sozialleistungen, 7) die Kontrolle der ukrainischen Grenzen durch den ukrainischen Staat nach Abschluss der Regionalwahlen, 8) der Abzug aller ausländischen Truppen mitsamt Bewaffnung aus der Ukraine sowie die Entwaffnung illegaler Formationen, 9) eine Verfassungsreform zur Dezentralisierung.
12.02.2015	IWF-Chefin Christine Lagarde berichtet, dass sich der IWF mit der Ukraine auf die Bereitstellung von weiteren 17,5 Milliarden US-Dollar an Hilfskrediten geeinigt habe.
12.02.2015	Die Organisation »Reporter ohne Grenzen« platziert die Ukraine in ihrem Bericht zur Pressefreiheit, der sich auf den Zeitraum von Oktober 2013 bis Oktober 2014 bezieht, auf Rang 129 von 180. Die Ukraine rutscht damit um zwei Ränge ab. Bei der gewaltsamen Auflösung von Protesten Anfang des Jahres sowie im Krieg im Donbass seien zahlreiche Journalisten Opfer von Angriffen geworden. Die Organisation begrüßt, dass einige die Pressefreiheit einschränkende Gesetze abgeschafft worden seien, befürchtet aber erneute Einschränkungen, wenn der Krieg im Osten des Landes andauern sollte. Die Organisation warnt außerdem vor staatlichen Versuchen, die Medien mithilfe des neu gegründeten Informationsministeriums zu kontrollieren.
13.02.2015	Der Anführer des »Rechten Sektors«, Dmytro Jarosch, erklärt das am 12. Februar 2015 unterzeichnete Abkommen zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen für verfassungswidrig. Er reklamiert das Recht der Freiwilligenverbände, ungeachtet des Waffenstillstands weiterzukämpfen. Jarosch wirft außerdem Deutschland und Frankreich, die bei den Verhandlungen von Minsk durch Bundeskanzlerin Angela Merkel und Präsident Francois Hollande vertreten waren, eine russlandfreundliche Einstellung vor und fordert, die USA und Großbritannien an künftigen Verhandlungen zu beteiligen.
13.02.2015	Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärt auf dem EU-Gipfel in Brüssel, die am 09. Februar 2015 verabschiedeten Sanktionen gegen Russland würden auch angesichts des Verhandlungsergebnisses in Minsk vorerst nicht zurückgezogen. Sie seien eine Reaktion auf den Beschuss Mariupols durch separatistische Truppen. Man behalte sich auch die Einführung weiterer Sanktionen vor, sollten die Vereinbarungen von Minsk nicht eingehalten werden.
13.02.2015	Die Weltbank kündigt die Bereitstellung von Krediten in Höhe von zwei Milliarden US-Dollar an. Die Mittel sollten zur Unterstützung armer Bevölkerungsschichten und zur Reformierung des Banken- und Energiesektors eingesetzt werden.
13.02.2015	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk fordert Waffenlieferungen an die Ukraine, um Russland zur Einhaltung der Vereinbarungen von Minsk zu drängen.
14.02.2014	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte weist in einem Eilverfahren ein Gesuch der Verteidigung der in Russland inhaftierten ukrainischen Kampfpilotin Nadija Sawtschenko zurück. Die Anwälte hatten den Gerichtshof im Rahmen von Artikel 39 der Verfahrensordnung der Europäischen Menschenrechtskonvention ersucht, spezielle Maßnahmen einzuleiten, die Russland zum besonderen Schutz des Lebens der Inhaftierten verpflichten. Der Gerichtshof entscheidet, dass die unmittelbare Gefahr eines nicht wiedergutmachenden gesundheitlichen Schadens, die Voraussetzung für die Anwendung des Artikels ist, von Nadija Sawtschenko selbst ausgeht. Sie befindet sich seit Ende 2014 im Hungerstreik.
14.02.2014	Oleksandr Sachartschenko, Separatistenführer der »Volksrepublik Donezk«, befiehlt, das Feuer um Mitternacht einzustellen. Die OSZE bestätigt, dass sowohl die ukrainische Armee als auch die »Volksrepubliken« die erforderlichen Schritte für eine Waffenruhe eingeleitet haben.
15.02.2015	Im Donbass tritt die in Minsk vereinbarte Waffenruhe in Kraft. Am Abend berichtet die Beobachtermission der OSZE, dass der Waffenstillstand mit einigen Ausnahmen eingehalten werde. Unter anderem um die Stadt Debalzewe, die zuvor heftig umkämpft gewesen war, seien Schüsse gefallen.
15.02.2015	Ein Sprecher des »Verteidigungsministeriums« der »Volksrepublik Donezk« erklärt, man behalte sich das Recht vor, in Debalzewe die Waffenruhe zu brechen. Die Stadt gehöre zum Territorium der »Volksrepublik«.

15.02.2015	Dmitrij Peskov, Pressesprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, reagiert auf die Aussagen aus der »Volksrepublik Donzек«, nach denen man sich in Debalzewe nicht an den vereinbarten Waffenstillstand halten müsse. Peskov erklärt, die Maßnahmen seien bedingungslos zu befolgen.
15.02.2015	Bei einer Telefonkonferenz einigen sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Präsidenten Russlands, der Ukraine und Frankreichs darauf, dass die Waffenruhe ausdrücklich auch für Debalzewe im Gebiet Donezk gelte. Dort waren am ersten Tag des Waffenstillstands Schüsse registriert worden. Der Dialog im so genannten »normannischen Format« werde am 16. Februar fortgesetzt.
16.02.2015	Die neuen Sanktionen der EU gegen russische Beamte und Unternehmen treten in Kraft. Sie waren auf dem EU-Gipfel am 12. Februar 2015 beschlossen worden und schließen u. a. Visasperren gegen Stellvertreter des russischen Verteidigungsministers und einen hohen Vertreter des russischen Generalstabs ein. Außerdem werden Einreisesperren gegen russische Staatsbürger verhängt, die als Kommandeure einigen Spezialeinheiten der »Volksrepubliken« in Donezk und Luhansk vorstehen.
16.02.2015	Der Sprecher der »Anti-Terror-Operation« der ukrainischen Armee, Andrij Lysenko, beklagt den Bruch der vereinbarten Waffenruhe durch die Separatisten und kündigt an, dass der ebenfalls vereinbarte Abzug schwerer Waffen nicht stattfinden könne, solange die Waffenruhe nicht respektiert werde.
16.02.2015	Die New York Times berichtet von Fotografien, die eine Delegation aus Mitgliedern der ukrainischen Armee und des Parlaments dem US-Senator James Inhofe als Beweis für die Anwesenheit russischer Truppen in der Ukraine übergeben habe. Die Fotos zeigten jedoch russische Panzer in Georgien. Inhofe hatte sie in einer Senatsanhörung präsentiert. Nach der Aufdeckung der Fälschung kritisiert er das ukrainische Parlament in einer Stellungnahme scharf für die Übergabe falscher Bilder, betont jedoch, es gebe zahlreiche Hinweise für die Präsenz russischer Panzer in der Ukraine.
17.02.2015	Separatistenführer Denis Puschilin erklärt, seine Truppen hätten moralisch nicht das Recht, den Kampf um Debalzewe aufzugeben. Gleichzeitig betont er, die Separatisten seien bereit, die schweren Waffen abzugeben, solange dies auf Gegenseitigkeit beruhe.
17.02.2015	Sprecher der »Anti-Terror-Operation« werfen Russland weiterhin vor, schwere Waffen ins Land zu transportieren.
17.02.2015	Energieminister Wolodymyr Demtschyschyn kündigt eine baldige Erhöhung der Gaspreise an. Ende des Jahres sollten die Preise ein weiteres Mal angehoben werden. Der Internationale Währungsfonds hatte diesen Schritt im Gegenzug zu seinen Kredithilfen eingefordert – bei gleichzeitiger staatlicher Unterstützung einkommensschwacher Bevölkerungsschichten. Ein funktionsfähiges System für die Auszahlung einer solchen Unterstützungsleistung sei jedoch noch nicht ausgearbeitet, berichtet die Plattform zn.ua.
17.02.2015	Die Beobachtermission der OSZE stellt in zwei Fällen den Abzug schwerer Waffen der ukrainischen Armee fest.
17.02.2015	Die Stadt Debalzewe, die zwischen Donezk und Luhansk liegt, wird Berichten zufolge weitestgehend von separatistischen Truppen eingenommen. Nach Auskunft des Separatistensprechers Eduard Bassurin habe es viele Tote gegeben. OSZE-Beobachter können die Angaben nicht überprüfen, da die Separatisten sie nicht in die Stadt vorlassen.
17.02.2014	Bei einem Staatsbesuch in Ungarn erklärt der russische Präsident Wladimir Putin, die ukrainische Armee hätte einen erfolglosen Versuch unternommen, sich aus der Einkesselung in Debalzewe zu befreien. Putin ruft die ukrainischen Befehlshaber dazu auf, ihre Truppen nicht daran zu hindern, in Debalzewe ihre Waffen niederzulegen. Dann könne die vereinbarte Waffenruhe von Dauer sein.
17.02.2014	Der UN-Sicherheitsrat verabschiedet einstimmig eine Resolution, die alle Konfliktparteien auffordert, die Vereinbarungen von Minsk unverzüglich umzusetzen und die Kampfhandlungen einzustellen. Der Konflikt könne nicht militärisch gelöst werden. Der Rat bekräftigt »seine volle Achtung der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität der Ukraine«. Die Vorlage zur Resolution wurde von Russland eingebracht.
18.02.2015	Medienberichten zufolge beginnen ukrainische Einheiten mit dem Rückzug aus Debalzewe. In russischen Medien wird gemeldet, dass einige ukrainische Soldaten sich ergeben.
18.02.2015	Präsident Petro Poroschenko gibt am Mittag den Rückzug der ukrainischen Armee aus Debalzewe bekannt. Die Stadt wird nach harten Kämpfen trotz des vereinbarten Waffenstillstands von Separatisten eingenommen. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini hatte zuvor den Bruch der Waffenruhe durch separatistische Truppen kritisiert. Die EU sei zu einer »angemessenen Reaktion« auch gegenüber Russland bereit, sollten die Kämpfe fortgesetzt werden. Ukrainische Militärs berichten, sie seien beim Rückzug aus Debalzewe beschossen worden.

18.02.2015	Die Vorsitzende der Nationalbank, Waleria Hontarewa, beziffert die Erhöhung des Gaspreises auf 280 %. Der Preis für Fernwärme werde um 66 % angehoben. Die Anhebung steht im Zusammenhang mit einem Kreditprogramm des Internationalen Währungsfonds, das am 12. Februar 2015 bestätigt wurde. Hontarewa nennt kein Datum, zu dem die Erhöhung stattfinden werde.
18.02.2015	Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International kritisiert, dass der Justizapparat in der Ukraine nicht in der Lage sei, die Gewalttaten aufzuklären, die sich vor einem Jahr während der Massendemonstrationen in Kiew und anderen Städten ereignet hatten. Auf dem Maidan waren ca. 80 Demonstranten erschossen worden.
18.02.2015	Präsident Petro Poroschenko schlägt für den Donbass einen Blauhelmeinsatz der Vereinten Nationen mit einem Mandat des UN-Sicherheitsrates vor. Eine von der EU geführte Polizeimission sei die beste Variante, erklärt Poroschenko. Wenig später stellt der Nationale Sicherheitsrat entsprechende Anfragen an die EU und die UN.
18.02.2015	Separatisten veröffentlichen ein Foto von zwei Bundestagsabgeordneten der Linken mit dem Anführer der »Volksrepublik Donezk«, Oleksandr Sachartschenko. Die Abgeordneten Wolfgang Gehrke und Andrej Hunko hatten am 14. Februar 2015 Medikamente an Kinderkrankenhäuser in Donezk, Horliwka und Luhansk geliefert, deren Versorgung durch die Blockade der Territorien unterbrochen ist. Die Abgeordneten waren aus Russland angereist, da Kiew ihnen die Einreise über ukrainisches Territorium untersagt hatte. Der ukrainische Botschafter Andrij Melnyk beklagt in einer Note an das Auswärtige Amt, Gehrke und Hunko hätten mit der Aktion Unterstützung für die Separatisten gezeigt und bei der Einreise über die nicht von der Ukraine kontrollierte Grenze die Gesetze der Ukraine gebrochen.
19.02.2015	Der ständige Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen, Witalij Tschurkin, kritisiert Petro Poroschenkos Vorschlag einer EU-Polizeimission im Donbass. Der Vorschlag lasse vermuten, die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen würde nicht ernst genommen.
19.02.2015	Das Presseamt des ukrainischen Präsidenten berichtet, dass Petro Poroschenko, der russische Präsident Wladimir Putin, der französische Präsident Francois Hollande und Bundeskanzlerin Angela Merkel sich in einem Telefongespräch darauf verständigt hätten, dass der OSZE-Beobachtermission unverzüglich Zugang zu noch immer umkämpften Gebieten gewährt werden müsse. Dazu zählen der Flughafen von Donezk, Horliwka, Perwomajsk und Schirokino.
19.02.2015	Die russische Nachrichtenagentur Interfax meldet, die Ukraine habe die von Separatisten kontrollierten Territorien irreversibel von der Gasversorgung abgeschnitten. Die Gasvorräte würden bis zum Abend reichen. Der Staatskonzern Naftohaz bestreitet die Meldung zunächst. Nach Ankündigungen sowohl des russischen Ministerpräsidenten Dmitrij Medwedew als auch des russischen Konzerns Gazprom, die Gebiete aus Russland mit Gas zu versorgen, erklärt Naftohaz, die Versorgung sei teilweise wiederhergestellt.
19.02.2015	Präsident Petro Poroschenko fordert die EU auf, eigene Spezialisten in das Gemeinsame Kontroll- und Koordinationszentrum zu entsenden. Das Zentrum ist im Zuge der Minsker Friedensverhandlungen im September 2014 geschaffen worden und bringt Repräsentanten des ukrainischen Verteidigungsministeriums mit militärischen Vertretern der Russischen Föderation und der »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk zusammen. Es wird von der OSZE unterstützt.
20.02.2015	In Minsk erteilt der EU-Erweiterungskommissar Johannes Hahn dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko eine Absage bezüglich der von ihm vor zwei Tagen geforderten EU-Polizeimission. Alle müssten sich zunächst auf die Umsetzung der Vereinbarungen von Minsk konzentrieren.
20.02.2015	Energieminister Wolodymyr Demtschyschyn kündigt an, in diesem Jahr fünf Kohlezechen stillzulegen und die Arbeit in sieben weiteren auszusetzen. Etwa 10.000 der insgesamt 52.000 Bergarbeiter würden entlassen werden. Der Minister betont, dass es sich dabei vor allem um Rentner handeln werde. Zurzeit werden 35 Zechen betrieben.
20.02.2015	Der Vorsitzende des russischen Energiekonzerns Gazprom, Aleksej Miller, erklärt, Gazprom liefere an zwei neuen Punkten an der Grenze zu den Gebieten Luhansk und Donezk Gas an die Ukraine. Gazprom erwarte vom ukrainischen Konzern Naftohaz, dass diese zusätzlichen Lieferungen bezahlt würden. Naftohaz erklärt, es habe die Lieferungen nicht bestellt und werde sie nicht bezahlen. Den Lieferungen waren Meldungen vorangegangen, dass Naftohaz die Versorgung der von Separatisten kontrollierten Gebiete unterbrochen habe.
20.02.2015	Per Erlass setzt Präsident Petro Poroschenko eine Entscheidung des Nationalen Sicherheitsrates in Kraft, nach der die Regierung mit der Ausarbeitung einer Reihe von »antiterroristischen« Gesetzen beauftragt wird. Darunter fallen die Einrichtung eines Terrorbekämpfungszentrums des Geheimdienstes SBU und Schritte zur Eindämmung des Einflusses russischer Medien.
20.02.2015	Das Gemeinsame Kontroll- und Koordinationszentrum arbeitet nach Auskunft eines ukrainischen Vertreters mit den Separatisten der "Volksrepublik Luhansk" eine Karte zum Abzug der schweren Waffen aus.

21.02.2014	Ein ehemaliger Abgeordneter der Partei der Regionen, Mychaylo Tschetschetow, wird vorläufig festgenommen. Die Festnahme steht im Zusammenhang mit einer Untersuchung der Generalstaatsanwaltschaft zu einem Gesetzespaket, das das Parlament am 16. Januar 2014 per Handabstimmung angenommen hatte. Die Gesetze hatten die Versammlungsfreiheit und andere politische Freiheiten erheblich eingeschränkt und die Massenproteste verschärft.
21.02.2014	Der Inlandsgeheimdienst SBU entzieht über 100 russischen Medien vorläufig die Akkreditierung für die Ukraine. Darunter sind auch die staatlich kontrollierten russischen Fernsehsender Rossija-1, Pervyj Kanal und NTV sowie zahlreiche Print- und Onlinemedien. Grundlage für die Aktion ist ein am 12. Februar 2015 vom Parlament verabschiedetes Dokument, das den Entzug der Lizenz der Medien bis zur Beendigung der »Anti-Terror-Operation« vorsieht.
21.02.2014	Bei Luhansk findet ein Gefangenenaustausch von etwa 100 ukrainischen Soldaten und 50 Separatisten statt.
21.02.2014	Ukrainische Vertreter des Gemeinsamen Kontroll- und Koordinationszentrums erklären, der Separatistenführer Oleksandr Sachartschenko habe eine Erklärung zum Abzug der schweren Waffen von der in den Minsker Verhandlungen vereinbarten Demarkationslinie unterzeichnet. Möglicherweise müsse im Falle von Debalzewe gesondert verfahren werden. Separatistische Truppen hatten die Stadt erst nach Inkrafttreten des Waffenstillstands erobert.
21.02.2014	Der Sprecher der »Anti-Terror-Operation«, Andrij Lysenko, erklärt, dass der Abzug schwerer Waffen am heutigen Sonntag beginnen solle. Das Vorgehen sei mit den »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk abgestimmt.
22.02.2014	In Kiew wird bei einem »Marsch der Würde« der Revolution und der Opfer von Polizeigewalt vor einem Jahr gedacht. Etwa 10.000 Menschen versammeln sich auf dem Maidan. Bundespräsident Joachim Gauck ist unter den internationalen Gästen.
22.02.2015	Bei einer Veranstaltung in Charkiw zum Gedenken an die Revolution vor einem Jahr explodiert eine Bombe. Drei Menschen werden getötet. Die Sicherheitsbehörden stufen das Ereignis als Terroranschlag ein. Mehrere Menschen werden festgenommen.
22.02.2015	Eduard Bassurin, Sprecher der »Volksrepublik Donezk«, erklärt, ein Plan zum Abzug der schweren Waffen sei ausgearbeitet. Mit dem Abzug werde am 24. Februar 2015 begonnen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2015 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Podiumsgespräch »Die Zukunft Europas in der Ukraine«

Liebe Leser der Ukraine-Analysen, das Deutsche Polen-Institut und die ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerus laden ein zum Podiumsgespräch:

Die Zukunft Europas in der Ukraine

Mittwoch, 18. März 2015, 19:00 Uhr, Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund, Hiroshimastr. 12–16, 11056 Berlin



Foto: RFE/RL

Begrüßung

Prof. Dr. Dieter Bingen, Direktor Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Grußworte

Dr. Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen
Prof. Dr. Michael Göring, Vorsitzender des Vorstands, ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerus, Hamburg

Keynote

Mykola Riabchuk, Research Fellow am Institut für Politische und Nationalitätenstudien, Ukrainische Akademie der Wissenschaften, Kiew

Podium

Dr. Henryka Mościcka-Dendys, Unterstaatssekretärin für parlamentarische Fragen, Europapolitik, die Vereinten Nationen und Menschenrechte im Außenministerium der Republik Polen, Warschau
Inna Pidluska, Stv. Geschäftsführerin der International Renaissance Foundation, Kiew
Mykola Riabchuk, Research Fellow am Institut für Politische und Nationalitätenstudien, Ukrainische Akademie der Wissenschaften, Kiew
Michael Roth MdB, Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, Berlin

Moderation

Dr. Christoph von Marschall, diplomatischer Korrespondent DER TAGESSPIEGEL, Berlin

Anmeldung: kaluza@dpi-da.de oder Tel. 06151-498513

Die innenpolitische Entwicklung der Ukraine (Euro-Majdan) und die russische Politik gegenüber Kiew insbesondere seit Herbst 2013 haben zu einer dramatischen Zuspitzung der internationalen Lage geführt. Die Entstehung einer ukrainischen Staatsnation an der westlichen Grenze rief die politische und militärische Intervention Russlands hervor. Nach über 20 Jahren Unabhängigkeit wurde die Frage nach der Identität der Ukraine von den Ukrainern neu gestellt: Was heißt es, Ukrainer zu sein? Vielleicht, sich mit Blick auf die politische Kultur, zivilisatorische und demokratische Werte – anders als Russland – »europäisch« zu definieren? Zugleich befindet sich das Land am Rande des ökonomischen Abgrunds und ist durch die militärische Aggression im Osten bedroht. Das Dilemma der Gleichzeitigkeit der Transformationsnotwendigkeiten stellt sich in der Ukraine um ein Vielfaches schärfer dar als dies in den Staaten Ostmitteleuropas nach 1989 der Fall war. Was bedeutet »Europa« für die Ukraine heute in der Bruchzone geostrategischer Interessen?

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/russland/>>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <zentralasien-analysen@dgo-online.org>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: Belarus: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>>; Russland: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>>; Ukraine: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>>; zentralasiatische und kaukasische Staaten: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php>

Twitter

<<https://twitter.com/laenderanalysen>>